Einzelpreis 70 Pfg. · 5. Jahrg. Mittwoch, 1. Februar 1922 Nummer 53 · Morgen-Ausgabe

Das „Freie Volk" erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt" — „Frauen-Welt" und „Der Jugend-Genosse". Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus monatlich 21.— M. für den Monat Januar, im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg 55.— M., für das übrige Ausland 75.— M.

Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8–9

Die zehngespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 4.— M. einschließlich Inseratensteuer. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2.50 M., jedes weitere Wort 1.75 M. einschließlich Inseratensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 4.50 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1.50 M.

Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die unmögliche Zwangsanleihe

R. H. Gibt es ein Steuerkompromiß? Die Frage mag manchen verwunderlich erscheinen, sie ist es aber durchaus nicht. Politisch hat die Deutsche Volkspartei starke Vorbehalte gemacht, die sie jeden Tag unterstreicht. Sie hat nicht nur abgelehnt, am Schlusse der politischen Debatte der Regierung Wirth ein Vertrauensvotum auszustellen, sie hat darüber hinaus mit allem Nachdruck „persönliche und sachliche Garantien" gefordert. Es ist unterdes immer klarer geworden, was darunter zu verstehen ist. Die Deutsche Volkspartei will sich entscheidenden Einfluß auf die Regierung schaffen. Wenn dabei in der Presse meistens vom Eisenbahn-, Post- und Finanzministerium die Rede ist, so stimmt das nicht ganz. Das Finanzministerium ist der Deutschen Volkspartei augenblicklich nicht so wichtig. Aus einem triftigen Grunde. Sie hat es bereits. Die wirklichen Leiter des Finanzministeriums, die Staatssekretäre Zapf und Schröder, stehen der Deutschen Volkspartei nicht nur politisch sehr nahe — der Bruder Zapfs ist Abgeordneter der Deutschen Volkspartei —, sondern haben sich stets eifrig bemüht, eine Finanzpolitik zu treiben, die dieser Partei durchaus genehm ist. Der stärkste Widerstand gegen die Erfassung der Sachwerte, überhaupt gegen jede neue Idee und Methode der Besteuerung, geht vom Finanzministerium aus. Es ist ein durchaus konservatives Amt geblieben, in dem sich trotz Zusammenbruch und Revolution, trotz des Intermezzos Erzberger, sehr wenig geändert hat. Und von Herrn Hermes kann man nur sagen, daß er ganz zu diesem Amte paßt. Deshalb geht es auch der Deutschen Volkspartei nicht in erster Linie um das Finanz-, sondern um das Wirtschaftsministerium, das der Sozialdemokrat Robert Schmidt inne hat. Im Besitz dieses Ministeriums würde die Schwerindustrie zur wirtschaftlichen auch die staatliche Macht fügen. Eine Aenderung in der Besetzung dieses Ministeriums herbeizuführen, ist also der wesentliche Inhalt jener persönlichen und sachlichen Garantie, von denen Herr Dr. Becker und seine Presse munkelt. Wird aber den Rechtssozialisten dieses Ministerium weggenommen, so bedeutet das, daß sie jede Macht in der Regierung verlieren, daß sie völlig vor der Deutschen Volkspartei kapitulieren müssen. Die Koalitionspolitik würde dann selbst für ihre unbedingtesten Anhänger jeden Sinn verlieren.

Auf der anderen Seite denkt die Deutsche Volkspartei, die ihre Zustimmung zu dem Kompromiß damit begründet, daß sie damit den Besitz von schweren Opfern schützen wollte, gar nicht daran, ohne die persönlichen Garantien, wie sie sie auffaßt, sich auch selbst nur für dieses Steuerkompromiß zu verpflichten. Denn sie will die Ausführung in der Hand behalten, weil sie hoffen kann, dabei den Besitz erst recht vor jeder wirklichen Erfassung zu schützen. Die Deutsche Volkspartei und ihr Vertreter bei dem Kompromiß, Dr. Becker, wollten und wollen sich eben mit dem bloßen Versprechen eines angeblichen Besitzopfers in die politische Macht einkaufen. Falls dies gelingt, denken sie gar nicht daran, die Unterschrift unter dem Wechsel einzulösen. Die Rechtssozialisten beginnen denn auch unruhig zu werden und sorgen mit Recht, daß sie die Geprellten sind. In Erwiderung auf einen Artikel von Dr. Becker, der sich rühmt, durch den Abschluß des Kompromisses die Erfassung der Sachwerte, die Erhebung des Restes des Notopfers verhindert, und so den Besitzenden durch die Zwangsanleihe das geringste Opfer auferlegt zu haben, schreibt der „Vorwärts", die Zustimmung der Deutschen Volkspartei stelle also offenbar nur ein Manöver dar; ein Ausbrechen der Deutschen Volkspartei würde auch den anderen Parteien ihre Handlungsfreiheit zurückgeben. Spät kommt dem „Vorwärts" die Erkenntnis, daß mit dem Teufel schlecht Kirschen zu essen und mit der Volkspartei keine Steuerpolitik zu machen ist. Doch es scheint, daß die Deutsche Volkspartei diesmal notwendige Erziehungsarbeit leisten will.

* * *

Zeigt so die politische Betrachtung, daß der Abschluß des Steuerkompromisses noch lange nicht seine Verwirklichung bedeutet, so wird dieses skeptische Urteil noch außerordentlich bekräftigt, sobald man das Kompromiß vom finanzpolitischen und steuertechnischen Standpunkt aus betrachtet.

Daß das mühsam zustande gebrachte Flickwerk vom sozialen Standpunkte völlig unzulänglich ist, darüber braucht nicht viel gesprochen zu werden. Das Lob der Deutschen Volkspartei beweist es auch denen, die unseren Argumenten nicht trauen wollen; auch die Rechtssozialisten können das Steuerkompromiß nur mit den Bedürfnissen der Außenpolitik und dem Argument vom kleineren Uebel verteidigen und gestehen damit selbst zu, daß es vom Standpunkt der Arbeiterschaft aus die schwersten Mängel hat. Aber das Kompromiß ist auch von allen bürgerlichen Sachverständigen sehr kritisch aufgenommen worden, und diese Kritik wäre noch viel schärfer ausgefallen, wenn nicht die Rücksicht auf die außenpolitische Situation und die Stellung des Kabinetts Wirths diesen bürgerlichen Kritikern Fesseln auferlegt hätte. Diese kritische Stellungnahme ist nur allzu begreiflich. Denn gerade vom finanzpolitischen Gesichtspunkt aus ist das Kompromiß unglaublich schlecht. Denn oberste Aufgabe einer jeden Steuermaßregel ist es heute, die Notenausgabe einzudämmen und damit der fortschreitenden Geldentwertung Einhalt zu tun. Geschieht das nicht, so ist eine auch nur halbwegs geordnete Staatswirtschaft einfach unmöglich. Die fortschreitende Geldentwertung zwingt zur raschen Steigerung der Staatsausgaben. Die Steuereingänge folgen bei dem gegenwärtigen Steuersystem, das die Möglichkeit einer fortschreitenden Geldentwertung überhaupt nicht berücksichtigt, den Ausgaben in keiner Weise. Das Defizit wächst fortwährend, damit das Tempo der Notenausgabe, damit die Geldentwertung. So entsteht die Schraube ohne Ende, so wächst die schwebende Schuld unaufhörlich und macht die Ordnung des Staatshaushalts zu einem immer unlösbareren Problem. Das Steuerkompromiß beseitigt diesen Zustand nicht und schon deshalb ist es vom rein finanzpolitischen Gesichtspunkt aus gesehen, völlig verfehlt.

Dazu kommt noch ein anderes. Das Hauptstück ist bekanntlich die Zwangsanleihe, die in Höhe von einer Goldmilliarde aufzunehmen ist. Was das bedeutet, darüber sind sich offenbar die Herren, die diese Bestimmung schließlich akzeptiert haben, ebensowenig einig wie über die persönlichen und sachlichen Garantien. Wir glauben nicht fehl zu

Die Eisenbahner vor der Entscheidung

Gesetzentwürfe zur Besoldungsreform

Die Entscheidung über den Eisenbahnerstreik sollte in der Sitzung des Hauptvorstandes der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamter fallen, die zu gestern nachmittag einberufen war. Die Tagung war von außerordentlich langer Dauer und von sehr lebhaften Auseinandersetzungen erfüllt. Um ½ 10 Uhr soll, einer Privatnachricht zufolge, die Sitzung vertagt worden sein. Jedenfalls war in später Nachtstunde noch keine Entscheidung des Hauptvorstandes bekannt.

Der Deutsche Beamtenbund ist gestern noch einmal bei der Reichsregierung vorstellig geworden und hat die Zusicherung erhalten, daß Verhandlungen über die Besoldungsreform in nächster Zeit beginnen werden.

*

Obwohl am gestrigen Nachmittag schon weniger sicher behauptet wurde, daß es zum Streik der Eisenbahnbeamten kommen werde, als in den letzten Tagen, hatte die Regierung ihre Vorbereitungen zur Gegenwehr völlig abgeschlossen. Die Telegraphenämter waren angewiesen, alle auf den Streik bezüglichen Anweisungen des Reichsverkehrsministeriums an die Behörden im Lande vor allen anderen Sendungen zu befördern. Arbeitswillige obere Beamte waren aufgefordert worden, die Führung von Lokomotiven und den Zugdienst zu übernehmen, weil der Hauptvorstoß von den Lokomotivführern und dem Zugpersonal erwartet wurde. Ferner hatte die Regierung ausdrücklich erklären lassen, daß mit den Streikenden nicht verhandelt werden würde, und auch die Eisenbahndirektionspräsidenten hatten eine gleiche Anweisung erhalten. Die Behörden hatten alle Urlauber zurückberufen. Der Reichspostminister hat die Erledigung von Telegrammen, die zum Streik auffordern oder der gegenwärtigen Bewegung sonstwie förderlich sein sollen, verboten.

Auch von der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamter wurde in der Sitzung des Hauptausschusses des Reichstages gestern behauptet, daß sie ihre Vorbereitungen zum Streik schon vor geraumer Zeit getroffen habe. Sie habe Flugblätter und Streikanweisungen bereits herausgehen lassen, bevor die entscheidenden Beschlüsse des Hauptvorstandes vorlagen. Dagegen hat es die Reichsgewerkschaft, wie wir schon wiederholt hervorgehoben haben, unterlassen, die wichtigsten Voraussetzungen für einen erfolgreichen Lohnkampf der Eisenbahner zu schaffen. Sie hat es unterlassen, sich mit ihrer eigenen Spitzenorganisation, dem Deutschen Beamtenbund, und mit den anderen Eisenbahnerverbänden vor ihren entscheidenden Schritten ins Einvernehmen zu setzen. Sehr klug ist dieses Verfahren auf keinen Fall. Dieses Verhalten der Reichsgewerkschaft ist um so verwunderlicher, als die Eisenbahnerverbände bisher stets Wert auf ein gemeinsames Vorgehen gelegt haben. Die anderen Eisenbahnerorganisationen nehmen infolgedessen zunächst eine abwartende Haltung ein. Der Deutsche Eisenbahnerverband vor allem hat beschlossen, seinen Mitgliedern nur die Ablehnung von Streikarbeit zu empfehlen.

Die Absichten der Reichsregierung

In der Sitzung des Hauptausschusses des Reichstages gab Ministerialdirektor von Schlieben vom Reichsfinanzministerium gestern eine **Erklärung zur Eisenbahnerbewegung** ab. Schlieben machte zunächst längere Ausführungen über die Vorgeschichte der gegenwärtigen Krisis. Auf die Absichten der Regierung in der Frage der Aufbesserung der Beamtengehälter eingehend, teilte er mit, daß bei einer Besprechung mit Vertretern der Länder am Montag die Frage erörtert wurde, ob für die Beamten an Orten mit besonders schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen Wirtschaftsbeihilfen gewährt werden können. Trotz der Bedenken, die in der Besprechung gegen ein solches Verfahren laut wurden, soll dieser Weg dennoch beschritten werden. Da der im Vorjahre gewählte Weg, die prozentualen Teuerungszuschläge nach Ortsklassen zu staffeln, angesichts der ablehnenden Haltung der Parteien des Reichstags und der Regierungen der Länder nicht als gangbar erscheint, wird der Reichsminister der Finanzen der Reichsregierung eine Gesetzesvorlage unterbreiten, durch die der Reichsminister der Finanzen ermächtigt werden soll,

„im Benehmen mit dem Reichsrat an Orten mit besonders schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen Wirtschaftsbeihilfen einerseits in Anlehnung an die den Reichsarbeitern zu gewährenden Ueberteuerungszuschüsse, andererseits in Anpassung an die Besonderheiten des Beamtenverhältnisses zu bewilligen".

Eine Erklärung über die technischen Einzelheiten der zu treffenden Regelung konnte gestern noch nicht abgegeben werden.

In der Debatte warnte der Abg. Dr. Rosenfeld (U. Soz.) die Regierung vor einem zu schroffen Vorgehen gegen die Beamten. Die Not der Beamten sei groß und die Regierung müsse so wohlwollend, wie sie hier eine Prüfung der Beamtenforderungen in Aussicht gestellt habe, gegen die Beamtenschaft auftreten. Der Ton, den die Regierung angeschlagen habe, sei nur geeignet, die Beamtenschaft noch zu provozieren. **Die Maßnahmen gegen das Streikrecht der Beamten gehen zu weit.** Die Eisenbahndirektion Berlin habe sogar Beamten den schon erteilten Urlaub wieder genommen, obwohl diese Beamten nur als Vertreter ihrer Kollegen an den entscheidenden Sitzungen in Berlin teilnehmen wollten. Auf diese Weise gieße die Regierung nur Oel ins Feuer — Abg. **Müller-Franken** (Soz.): Schon längst vor Ablauf des Ultimatums hat die Reichsgewerkschaft alle Streikvorbereitungen getroffen. Schon lange vorher sind Millionen Flugschriften gedruckt worden, um sie im geeigneten Augenblick unter die Beamtenschaft zu verteilen. Wir verkennen die Notlage der Beamten nicht. Durch die Aenderung des Einkommensteuergesetzes wurde die Unzufriedenheit der unteren und mittleren Beamten stark erhöht. Aber 50 bis 60 Milliarden Gehaltserhöhungen, wie sie das Ultimatum verlangt, kann keine Partei verantworten. Ich hoffe, daß, trotzdem **die Streikaufrufe verbreitet** sind, der Streik vermieden wird. Wenn die Beamten, im Gehalt den Angestellten und Arbeitern der Privatindustrie völlig gleichgestellt werden wollen, so können auch **die Beamtenprivilegien nicht mehr aufrechterhalten** werden. Der Streik wäre für die Gas- und Lebensmittelversorgung ein Unglück. Keine Partei kann die Verantwortung für die Annahme des Ultimatums übernehmen. — Vizekanzler **Bauer** betonte die absolute Unmöglichkeit der Erfüllung des Ultimatums. In den Erklärungen seitens des Verkehrsministeriums und der Reichsregierung zu der Eisenbahnerbewegung ist jede provokatorische Wendung vermieden worden. Selbstverständlich ist aber eine energische Erklärung gerade zum Besten der Beamtenschaft notwendig gewesen, damit die Mehrzahl der Beamten weiß, daß sie von der Streikleitung ins Unglück geführt wird. Der Vizekanzler unterstrich nochmals die Ausführungen des Abg. Müller (Soz.) über die Streikvorbereitungen, ehe es noch feststand, ob durch Verhandlungen vielleicht eine Einigung erzielt werden könne. Jeder verständige und verantwortungsvolle Arbeitervertreter muß sich gegen ein solches Attentat auf das Volkswohl wenden. Aus diesen Gründen muß die Reichsregierung mit allen ihr zur Verfügung stehenden Machtmitteln den ihr aufgezwungenen Kampf ausfechten.

*

Von anderer Seite wird außerdem mitgeteilt, daß im Reichsfinanzministerium ein detaillierter Vorschlag für die Neuregelung der Beamtenbesoldung ausgearbeitet wird, der im Reichskabinett vielfach Zustimmung findet und Aussicht auf Annahme hat. Er lehnt sich eng an die Reformgedanken an, die der Zentrumsabgeordnete Allekotte im Beamtenausschuß des Reichstages zu dieser Frage vorgetragen hatte. Der Ausweg wird in dem Vorschlag des Abgeordneten Allekotte gesehen, **die Zahlengrenzen von 7 auf 3 herabzusetzen.** Das sei dadurch gerechtfertigt, daß die Beschaffung der Lebensmittel die Haushaltsführung sämtlicher Beamten völlig beherrsche, daß für jedermann die Verkehrsauslagen erhöht seien und daß eine repräsentative Verschiedenheit der Wohnung auch durch eine dreifache Abstufung genügend berücksichtigt sei. Die vier untersten Stufen des Ortszuschlages würden demnach zu beseitigen sein und es würde sich nach dem Vorschlag ergeben, daß die Beamten mit mehr als 38 000 M. Grundgehalt — unter Beibehaltung der jetzt gültigen Zahlen — keine Mehrung erhalten würden.

In Ortsklasse A ergibt sich nun folgender Aufbau:

Ortszuschlag: bis 25 500 M. = 7200 M., 25 500 bis 38 000 M. = 8000 M., über 38 000 M. = 8800 M. Als Ergänzung wird, um die Erhöhung der Verkehrsgebühren und der Mieten auch bei den höchsten Beamten auszugleichen, eine Erhöhung der Zuschlagssätze bei den jetzigen drei obersten Stufen um ein Drittel vorgeschlagen, so daß der Ortszuschlag in Ortsklasse A dann betragen würde: bis 25 500 = 9000 M., bis 38 000 M. = 10 000 M., über 38 000 M. = 11 000 M.

Auch dieser Vorschlag wird vielleicht die gegenwärtigen Gefahren bannen, aber **eine grundsätzliche Besoldungsreform muß sobald wie möglich in Angriff genommen werden,** um die dauernde Beunruhigung der Beamten zu beendigen.

prophezeien, wenn wir sagen, daß darüber noch ein sehr heftiger und leidenschaftlicher Kampf entbrennen wird.

Die Bestimmung ist nämlich die Karikatur einer ursprünglich, von finanzpolitischem Gesichtspunkt aus, vernünftigen und verwirklichbaren Idee. Wollte man die voraussichtlichen Reparationslasten für das Jahr 1922 decken, so war dazu ein Betrag von ungefähr zwei Goldmilliarden notwendig. Das Problem war also, diesen Betrag aufzubringen ohne neue Belastung der Staatsfinanzen. Und dafür konnte man, wenn man, wie die Rechtssozialisten, schon den Weg des Kompromisses beschreiten wollte, auch die Aufbringung durch eine Anleihe wählen. Dabei hätten aber Industrie und Landwirtschaft aus eigenem die Verzinsung und Amortisation dieser Anleihe zu bestreiten gehabt. Rechnet man 5 Prozent Zinsen und 1 Prozent Amortisation, so hätte man Industrie und Landwirtschaft, die man mit Ausnahme der kleinen Betriebe zu einer Kreditvereinigung hätte zusammenschließen können, mit einer Auflage von 120 Millionen Goldmark belasten müssen. Das sind etwa sechs Papiermilliarden. Also eine an sich recht geringe Last, neben der die Einziehung des Reichsnotopfers wirklich noch durchzusetzen gewesen wäre. Kein Zweifel, daß eine solche Anleihe vom Markte aufgenommen worden wäre. Um so mehr, da sie nur allmählich, je nachdem die Zahlungen für die Sachleistungen fällig wurden, begeben zu werden brauchte. Gerade jetzt zeigt es sich, daß festverzinsliche Papiere, z. B. Industrieobligationen, in großer Menge aufgenommen werden, wenn ihnen neben der festen eine zusätzliche Verzinsung als Schutz gegen die Geldentwertung gegeben wird. Eine von der gesamten deutschen Wirtschaft garantierte, geldwertbeständige Anleihe wäre erst recht ein nicht nur im Inlande, sondern mit großer Wahrscheinlichkeit auch im Auslande marktfähiges Papier.

Was ist nun daraus geworden? Zunächst an Stelle von zweien eine Goldmilliarde. Also Fortdauer des Defizits, vermehrte Inflation mit allen verderblichen Folgen. Dann statt einer von der Industrie und Landwirtschaft zu verzinsenden, den Staat also nicht belastenden Auflage, eine Zwangsanleihe des Staates in Papiermark. Der Staat verzinst diese Anleihe drei Jahre nicht, dann aber soll er Zinsen gewähren, die anfangs niedrig, und später normal sein sollen. Die Zwangsanleihe setzt eine Veranlagung voraus. Je nach der Größe des Vermögens und des Einkommens soll dem einzelnen diese Anleihe zugeteilt werden. Es ist feststehend, daß die Finanzämter dazu nicht in der Lage sind. Man will sich damit helfen, daß man die Veranlagung zum Notopfer provisorisch zu Hilfe nimmt. Diese Veranlagung berücksichtigt den Vermögensstand vom 31. Dezember 1919. Seitdem sind sehr starke Vermögensänderungen eingetreten. Die Papiermarkvermögen sind außerordentlich entwertet, der Sachbesitz stark im Wert gesteigert worden. Neue Vermögen sind entstanden. Man will daher diese erste Zuteilung nur als Provisorium gelten lassen. Nach dem neuen Vermögenssteuergesetz wird am 31. Dezember 1922 eine neue Vermögensveranlagung erfolgen. Große Optimisten können annehmen, daß man damit im Laufe des Jahres 1923 fertig werden kann. Dann müßte die alte Zuteilung berichtigt, dem einen zugeteilte Zwangsanleihe wieder abgenommen, dem anderen gegeben werden. Eine nette Arbeit für die Finanzämter, eine schöne Unsicherheit für alle mit Zwangsanleihe Beglückten!

Das ist aber noch lange nicht alles. Die Anleihe, die drei Jahre unverzinslich ist, dann vielleicht für die nächsten fünf Jahre 2½ oder 3 Prozent tragen soll, wird zunächst überhaupt keinen aufnahmefähigen Markt finden. Das um so weniger, da sie eben eine Papieranleihe ist, das Risiko der Entwertung mit ihr verbunden bleibt. Die Stücke, die an den Markt gebracht werden, werden also zunächst einen sehr niedrigen Kurs haben, der weit unter 50 Prozent liegen wird. Was bedeutet das? Gerade die Besitzer der kleinen Vermögen, die über wenig flüssige Mittel verfügen, werden gezwungen sein, die Anleihe um jeden Preis loszuschlagen. Für 100 Papiermark, die sie abgeliefert haben, erhalten sie beim Verkauf noch lange nicht 50, vielleicht 20 oder 30 Mark. Die haben dann wirklich für je 100 Anleihe 70 Mark Steuer bezahlt. Für die großen Vermögen bedeutet die Anleihe aber eine, wenn auch nicht ganz sichere Reserve. Sie können warten, bis der Staat den Zinsendienst aufnimmt, der Kurs in die Höhe geht. Ihre wirkliche Steuerleistung wird also eine viel geringere sein. So bedeutet die Zwangsanleihe eine ausgesucht plutokratische, die Reichsten begünstigende Maßnahme.

Die Besitzenden werden aber erklären, daß die Zahlung dieser Zwangsanleihe für sie eine so starke und plötzliche Entziehung vom Betriebskapital bedeutet, daß sie nicht getragen werden kann. Und schon hört man aus den Kreisen des Finanzministeriums, daß man Ratenzahlungen wird zulassen müssen. Wir zweifeln nicht daran, daß das Finanzministerium die Zahlungstermine sehr weit stecken wird. Schon deswegen, weil es für die Zuteilung sehr viel Zeit brauchen wird. Und so wird sich der Schwindel, der mit dem Reichsnotopfer betrieben worden ist, wiederholen. An Stelle des „sichtbaren großen Opfers des Besitzes" werden sehr langsam eingehende Ratenzahlungen treten, die noch dazu in einer dann weiter entwerteten Mark entrichtet werden. Gestattet man aber gar noch, daß diese Zwangsanleihe bei den Darlehnskassen zu einem günstigen Kurse verpfändet werden dürfen, so bedeutet das unmittelbar, da diese Verpfändungen großen Umfang annehmen werden, Neuausgabe von Noten und Vermehrung der Inflation.

Dafür bietet aber der Plan für den Staat folgende Vorzüge: Einmal kann er in drei Jahren anfangen, die Zinsenlast für die 50 Papiermilliarden aufzubringen, und dann versperrt er und ruiniert er sich vollständig den Anleihemarkt. Wenn Herr Hermes in seiner Etatrede erzählt hat, daß er neben der Zwangs-, eine freiwillige Anleihe auflegen wird, so kann man darüber nur lachen.

Zusammenfassend kann nur gesagt werden, daß die Zwangsanleihe entweder an dem Widerstand der Besitzenden von vornherein scheitern oder in ihrer Ausführung zu einer Farce gemacht werden wird. Und so lautet die Antwort auf unsere Frage, ob ein Steuerkompromiß existiert, aus politischen wie aus sachlichen Gründen: Nein!

Ausweisung russischer Sozialdemokraten

Wie uns aus Riga telegraphisch gemeldet wird, sind dort die Genossen Th. Dahn, B. Nikolajewski, Lydia Kanzel und Eugenie Grünwald, die an dem letzten Hungerstreik im Moskauer Gefängnis teilnahmen, und erst infolge des europäischen Protestes freigelassen wurden, dort eingetroffen. Sie sind von der Sowjetregierung aus Rußland ausgewiesen worden. Die Genossen Dahn und Nikolajewski sind Mitglieder des Zentralkomitees der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands.

Die Zwangsanleihe — das geringste Opfer

Der „Vorwärts" veröffentlicht Dienstag früh einen Artikel gegen den Aufruf unserer Parteileitung. Er schreibt darin u. a.:

> Wir stellen demgegenüber fest, daß in allen Besprechungen, die unter Teilnahme von Führern der USP. stattfanden, von den letzteren aus außenpolitischen Gründen der größte Wert darauf gelegt wurde, daß das Kabinett Wirth-Bauer erhalten bleibt. Vor den Arbeitern wirft uns die Leitung der USP. vor, daß wir Koalitionspolitik treiben. Hinter den Kulissen sagen uns dieselben Führer, daß im Interesse des Auslandsansehens der deutschen Republik an der Koalitionspolitik nichts geändert werden dürfe.
>
> Wir stellen demgegenüber fest:
>
> Diese Behauptungen sind unrichtig. Wie die U. S. P. D. zum Kabinett Wirth steht, hat Gen. Breitscheid in seiner Rede deutlich dargelegt. Wir unterstützen die Regierung soweit und solange sie eine mit unseren Anschauungen übereinstimmende Außenpolitik betreibt. Wir können sie nicht mehr unterstützen, wenn ihre Finanzpolitik nicht nur gegen die Arbeiterinteressen verstößt, sondern auch die von uns für richtig gehaltene Außenpolitik gefährdet. Im übrigen ist es falsch, daß „in allen Besprechungen, die unter Teilnahme von Führern der U. S. P. stattfanden, von den letzten aus außenpolitischen Gründen der größte Wert darauf gelegt worden sei, daß das Kabinett Wirth-Bauer erhalten bliebe". Es hat zwischen U. S. P. D. und S. P. D. nur eine Sitzung stattgefunden, sie war auf Veranlassung des A. D. G. B. einberufen worden. In ihr haben sich unsere Vertreter darauf beschränkt, die Mitteilungen entgegenzunehmen, die ihnen von der S. P. D. über den Stand der Kompromißverhandlungen gemacht wurden. Daraus jetzt eine Zustimmung zur Haltung der U. S. P. D. zu konstruieren, läßt sich nur aus der Verlegenheit erklären, in die die S. P. D. durch die gerissene Taktik der Volksparteiler geraten ist. Darüber noch ein Wort.
>
> Nach dem volksparteilichen Organ, das bereits seit Tagen auf die Erfolge der Deutschen Volkspartei durch das Steuerkompromiß hingewiesen hat, ergreift nun der Finanzsachverständige der Deutschen Volkspartei, Dr. Becker, selbst das Wort. In einem Artikel im „Tag" teilt er zunächst mit, daß er während der interfraktionellen Verhandlungen seine deutschnationalen Freunde ständig und bis in das letzte Stadium auf dem Laufenden gehalten habe, und fährt dann fort:
>
> „Wir haben aber die in Betracht kommenden Herren der deutschnationalen Fraktion ständig und bis in das letzte Stadium der Verhandlungen auf dem laufenden gehalten, aber vor allem auch sachlich dafür gesorgt, daß keine Position, die die bürgerlichen Parteien in erster Lesung des Steuergesetzes in mühsamem und zähem Kampf errungen hatten, preisgegeben wurde. Die Auseinandersetzungen, in denen dann unter Zuziehung der Sozialdemokratie die Verhandlungen geführt wurden, waren lebhaft und langwierig. Weitestgehende Vorschläge der Sozialdemokratie stand der zähe Wille der übrigen Parteien gegenüber, festzuhalten an dem Errungenen, und zur Herbeiführung eines Kompromisses nur das nachzugeben, was unbedingt nachgegeben werden mußte. Mancher üble Vorschlag wurde abgelehnt, die Erfassung der sogenannten Sachwerte konnte verhindert werden, der Plan, die etwa für Sachleistungen in Betracht kommenden deutschen Wirtschaftsgruppen für diese Sachleistungen der Gruppenangehörigen besonders zahlen zu lassen, wurde abgelehnt. Die Zahlung weiterer zwei Drittel Notopfer mit Erfolg bekämpft, und wenn man schließlich den Plan einer Zwangsanleihe annahm, so war dies das geringste Opfer von allen, die in diesen Verhandlungen dem Besitz zugemutet worden waren. Warum es geschah, soll noch erläutert werden. . . . . .

Kam es nicht zu einer Verständigung im ganzen, so lag die Gefahr nahe, wie jeder, der den Verhandlungen beigewohnt hat, klar erkennen konnte, daß es zu Schlimmerem kam; insbesondere der Gedanke, die letzten zwei Drittel des Reichsnotopfers einzuziehen, hatte auch schon in bürgerlichen Kreisen etwas Anklang gefunden, und die Gefahr lag nahe, daß die Absicht, ihm zuzustimmen, langsam aber erfolgreich weiterfraß. Wäre es nun für die deutsche Wirtschaft leichter gewesen, einige 20 Milliarden Reichsnotopfer — soviel machen nämlich die letzten Zweidrittel aus —, an das Reich abzuführen und damit dauernd auf Verlust zu buchen, als sich einer Zwangsanleihe zu unterwerfen, die freilich das Anderthalbfache jenes Notopferbetrages ausmacht, aber die entsprechenden Summen noch nicht völlig dem Vermögen entzieht, sondern dafür einen Gegenwert zur Verfügung stellt, der zwar nicht der vollen Summe entspricht, aber doch immerhin mit einer anfänglich vielleicht niedrigen, aber dann langsam anwachsenden Quote lombardiert werden kann? Die Frage stellen heißt sie beantworten. Das kleinere Uebel im Vergleich mit der Restzahlung des Notopfers ist sicher die Zwangsanleihe."

Das ist eine glänzende Rechtfertigung der Haltung der U. S. P. D. Auch sie hat, als ihr vom Reichskanzler Wirth von dem Ergebnis der Kompromißverhandlungen Mitteilung gemacht wurde, sofort die Ueberzeugung gehabt, daß die Zustimmung zur Zwangsanleihe eine geringere Last für die Besitzenden darstellt, als die sofortige Einziehung des Restes des Reichsnotopfers, wie es an den Vormittagsstunden desselben Tages von einigen bürgerlichen Parteien vorgeschlagen war.

Rathenau Außenminister

Dr. Walther Rathenau ist gestern zum Außenminister ernannt worden.

Nach der erfolgreichen Führung der wichtigen Verhandlungen in London und in Cannes war der Eintritt Rathenaus in die Regierung zu erwarten. Der Beitritt der Demokraten zur Regierungskoalition hat auch ein allerdings nicht schwerwiegendes politisches Hindernis für diese Ernennung beseitigt. Dr. Rathenau kehrt in das Kabinett Wirth nicht als Wiederaufbauminister zurück, sondern er übernimmt das Amt, das nebst dem des Reichskanzlers das wichtigste und bedeutungsvollste ist. Dr. Rathenau hat bei den schwierigen Verhandlungen, die er zu führen hatte, große Umsicht und bedeutendes Geschick an den Tag gelegt. Wir wollen hoffen, daß er, im Verein mit Wirth, die bisherige Linie der Außenpolitik einhalten und daß ihm auch auf dem weitaus größeren und verantwortungsvolleren Posten Erfolge beschieden sind, die zu dem Wiederaufbau wirklicher Friedenszustände und zur endgültigen Liquidierung der Kriegsfolgen allmählich führen. Dazu wird allerdings auch eine innere Politik gehören, die das Kabinett Wirth nicht den Gegnern dieser Außenpolitik ausliefert.

Die Ernennung Rathenaus im gegenwärtigen Augenblick ist innerpolitisch von Interesse. Dr. Wirth hat vor kurzem der Deutschen Volkspartei als halber Koalitionsgenossin die Absicht dieser Ernennung mitgeteilt. Die Deutsche Volkspartei hat sich sehr ablehnend verhalten. Trotzdem ist diese Ernennung erfolgt. Für die Deutsche Volkspartei ist die Ablehnung sehr charakteristisch. Sie zeigt, wie sehr diese Partei der Außenpolitik des Kabinetts feind ist, wie sehr sie, die stets nach Fachmännern schreit, einen Mann, der immerhin größere Befähigung als einer der Ihrigen gezeigt hat, mit ihrem Haß verfolgt, weil er nicht ihre enge und bornierte Interessenpolitik mitmacht. Man darf jetzt einigermaßen neugierig sein, welche Rückwirkung die Ernennung auf das Verhalten der Volksparteiler haben wird.

Der Etat im Reichstag

Die große Etatsdebatte, die in früheren Jahren den Höhepunkt der parlamentarischen Auseinandersetzungen bildete, hat in den Kriegs- und Nachkriegsjahren erheblich an Bedeutung verloren. Wollte während des Krieges die große Masse der Parlamentsvertreter nichts sagen, so konnte sie in der Nachkriegszeit nichts sagen, weil es eine gründliche Etatsberatung überhaupt nicht mehr gab. Der Etat wurde stets zu spät vorgelegt, war unzuverlässig und das Etatsjahr meist beendet, wenn man an die Beratungen des Etats heranging. Zwar ist es in diesem Jahre etwas besser, aber die große politische Debatte der vergangenen Woche, die der Regierung Wirth eine neue Galgenfrist verschaffte, hat der gestrigen Debatte das Interesse entzogen. Das zeigte sich bereits am Montag bei Scheidemann, der die finanziellen und Steuerprobleme völlig unerörtert ließ und nur Scheingefechte gegen die Reaktion aufführte. Ernster packte Genosse Henke die Sache an. Seine Rede war eine gründliche Kritik der Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung. Auf allen Gebieten zeigen sich Rückschritte, überall siegt das Unternehmertum und überall werden die Ansprüche der Arbeiterklasse mißachtet. Ihre Lage wird dadurch zusehends verschlechtert.

Während der Rede saß der Minister Hermes auf der Regierungsbank, aber ostentativ unterhielt er sich und mißachtete die Fragen, deren Beantwortung Henke von der Regierung verlangte. Auch als er später das Wort ergriff, äußerte er sich nur zu den Ausstellungen der Vertreter der Rechten. An Scheidemanns Kritik ging er ebenso achtlos vorüber wie an der von Henke. So blieb denn u. a. die Frage unbeantwortet, ob es wahr ist, daß die ehemalige kaiserliche Yacht Hohenzollern für eine Million Mark verkauft wurde, anstatt für hundert, die man erhalten konnte. Und ebenso die Frage, wie es die Regierung rechtfertigen wolle, den kapitalkräftigen Lebensversicherungsgesellschaften Reichszuschüsse zu gewähren, während sie die Zuschüsse für die Verbilligung des Brotes beseitige. Hermes' Schweigen war beabsichtigt. Es ist der Ausdruck der Verachtung, den Strebernaturen stets zu haben pflegen, wenn sie erkennen, daß andere ihre geistige Hohlheit durchschauen. In einem parlamentarischen Staat hat aber jeder Abgeordnete das Recht, von der Regierung Rede und Antwort zu verlangen, und die Weigerung Hermes', Antwort zu geben, wird deshalb im weiteren Verlaufe der Etatsberatungen die gebührende Kritik erfahren müssen.

Der Bericht über die Verhandlungen des Reichstages befindet sich in der Beilage.

Ein politisches Urteil

Genosse Oerter zu vier Monaten Gefängnis verurteilt

Braunschweig, 31. Januar. W.T.B.

Von der ersten Strafkammer des Landgerichts Braunschweig wurde heute, Dienstag, in dem bekannten Prozeß gegen den früheren braunschweigischen Ministerpräsidenten Sepp Oerter und den vielgenannten Psychotherapeuthen Otto Schlesinger aus Blankenburg a. Harz, genannt Otto Otto, das Urteil gefällt. Oerter war angeklagt, von Otto Otto mit 20 000 Mark bestochen zu sein, und ihm dafür die Amtsbezeichnung Professor verliehen zu haben. Wie die Braunschweigische Landeszeitung meldet, wurde Oerter nach § 331 des Strafgesetzbuches wegen einfacher Bestechung zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Außerdem werden die 20 000 Mark, die er von Schlesinger erhalten hat, als dem Staat verfallen erklärt. Das Urteil gegen Schlesinger lautet gemäß § 233 des Reichsstrafgesetzbuches auf zwei Monate Gefängnis.

Dieses Urteil war vorauszusehen. Genosse Oerter hat während seiner Ministerpräsidentschaft in heftigster Fehde mit den braunschweigischen Richtern gelegen. Aus dieser Gegnerschaft heraus ist dieses Urteil entstanden. Fügt man noch hinzu, daß Beweise absolut nicht vorliegen, so wird ganz klar, daß dieses juristisch ganz unverständliche Urteil nach politischen Gesichtspunkten gefällt wurde. Im übrigen warten wir die Urteilsbegründung ab und werden uns dann ausführlich mit diesem Richterspruch auseinandersetzen.

In letzter Stunde

Gegen die Auslieferung der Spanier

Wie wir erfahren, steht die Entscheidung des preußischen Staatsministeriums über die Auslieferung der beiden Spanier, die an der Ermordung des spanischen Ministerpräsidenten Dato beteiligt sein sollen, unmittelbar bevor. Unsere gesamte Parteipresse und auch ein Teil der S. P. D.-Presse hat wiederholt gegen die Auslieferung der Spanier Widerspruch erhoben. Sogar in einzelnen bürgerlichen Zeitungen wurde dieser Widerspruch unterstützt. In letzter Stunde erheben wir nochmals gegen die Auslieferung der beiden Spanier schärfsten Widerspruch. Wir warnen die Regierung, diesen Weg zu beschreiten. Die Auslieferung würde nicht nur im Gegensatz stehen zu dem, was Vertreter der Sozialdemokratie seit Jahrzehnten über das politische Asylrecht gesagt und geschrieben haben. Sie würde auch unvereinbar sein mit der Auffassung aller vorgeschrittenen Vertreter des Bürgertums. Die Regierung mag ferner bedenken, daß die Auslieferung der Spanier an ihre Regierung bei den in Spanien herrschenden Justizverhältnissen gleichbedeutend wäre mit dem Tode.

Die Schaffung einer Einheitskurzschrift. Im Reichsministerium des Innern fand am Dienstag eine Konferenz über die Einheitskurzschrift statt, an der Vertreter der Reichsregierung und fast aller Landesregierungen teilnahmen. Es kam allerdings nichts zustande, als eine Resolution, in der die einmütige Bereitschaft zur Schaffung einer Einheitskurzschrift erklärt wird und die weiteren Schritte dem Reichsministerium des Innern übertragen werden.

Vergrößerung der Produktionsmenge

Durch Beseitigung des Achtstundentages

Im Leitartikel unserer Morgenausgabe vom Montag haben wir einen Artikel von Professor Hugo Lindemann in den „Sozialistischen Monatsheften" erwähnt, in dem der Verfasser Leitsätze für die Wirtschaftspolitik der Arbeiterklasse, wie sie ihm vorschwebt, herausgearbeitet hat. Wir haben einen der wesentlichen Absätze dieses Artikels zitiert. Lindemann erklärt dort, eine wirksame dauernde Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse sei nur durch eine Steigerung der Produktion möglich. Wir haben hinzugefügt, daß die Wirtschaftspolitik der Arbeiterklasse es nie abgelehnt hat, für die Vergrößerung der Produktionsmenge durch eine Verbesserung des technischen Apparates der Industrie sowie durch die Rationalisierung der Wirtschaft überhaupt einzutreten.

Nachgetragen muß indes werden, daß Herr Lindemann die Vermehrung des Sozialprodukts nicht so sehr durch solche Maßnahmen herbeizuführen gedenkt. Das von ihm vorgeschlagene Mittel besteht in der Verlängerung der Arbeitszeit, in einer mehr oder weniger offenen Beseitigung des Achtstundentages. Lindemann trägt folgende bittere Klagen vor:

„Unsere Industrien, unsere Haushaltungen leiden schwer unter dem Kohlenmangel. Ein großer geistiger Aufwand wird auf kohlensparende Heizungsmethoden, Erfindung von Kohlenersatzstoff usw. verlan. Die Arbeiterzahl im Ruhrgebiet ist um 21 v. H. erhöht, aber die Arbeiter lehnen es ab, durch längere Arbeitszeit die Kohlen zu fördern, die unsere Wirtschaft braucht. Wir leiden unter schwerstem Wohnungsmangel. Das Baugewerbe ist ein Saisongewerbe. Um 4 Uhr nachmittags legt der Bauarbeiter sein Handwerkszeug fort, läßt Wohnungsnot Wohnungsnot sein."

Jede Verkürzung der Arbeitszeit, schreibt er an einer anderen Stelle, müsse zu einer Verringerung der Produktionsmenge führen, wenn nicht durch Intensivierung der Arbeit oder durch eine Umgestaltung des Produktionsapparates ein Ausgleich geschaffen werden könne.

In unserem bereits erwähnten Artikel haben wir gleichfalls dargelegt, aus welchen Gründen das Kapital nicht daran denkt, diesen, von Herrn Lindemann gewünschten Ausgleich durch eine Verbesserung der Produktionsmethoden, die Unkosten verursachen würde, herbeizuführen. Daß dieser Ausgleich für die Verkürzung der Arbeitszeit auf 8 Stunden noch nicht geschaffen ist, ist nicht Schuld der Gewerkschaften, deren Bereitschaft zur Unterstützung solcher Maßnahmen unzweifelhaft ist. Die Aufgabe, die Lindemann der Wirtschaftspolitik in seinem Artikel stellt, ist durch das Unternehmertum zu lösen. Lindemann ist im Irrtum, wenn er glaubt, durch eine Beseitigung des Achtstundentages, sei es durch Ueberstunden oder auf einem anderen krummen Wege, könne die von ihm gewünschte Vergrößerung der Produktionsmenge herbeigeführt werden. Abgesehen davon, daß die Arbeiterschaft garnicht daran denkt, einem derartigen Schritt zuzustimmen, würde eine Verlängerung der Arbeitszeit auch nicht den gewünschten Effekt erzielen. Die Voraussetzung dafür wäre zunächst die endgültige Angleichung der Löhne an die Teuerungsverhältnisse. Die Arbeiterschaft ist noch immer ungenügend ernährt, und auch Herr Lindemann sollte wissen, daß ein mangelhaft ernährter Körper auch bei einer verlängerten Arbeitszeit nicht mehr zu leisten vermag als in acht Stunden. Im Gegenteil: Bei den gegenwärtigen Ernährungszuständen für die Arbeiterklasse ist sogar mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen, daß die Leistung pro Stunde durch eine Verlängerung der Arbeitszeit nach ganz kurzer Zeit noch weiter herabgedrückt werden würde.

Es bleibt also dabei: gegen eine Vergrößerung der Produktionsmenge haben wir nichts, aber der Weg dahin führt nur über die Rationalisierung der Wirtschaft. Herr Lindemann mag seine Mahnungen also an das Unternehmertum richten.

Die Trauer um Luise Zietz

Wie sehr die aufopfernde Tätigkeit unserer nunmehr verstorbenen Genossin Zietz für die Aermsten der Armen von diesen dankbar empfunden wurde, wie hoch das Maß der Anerkennung ist, das sich die Genossin Zietz auch bei den hervorragendsten bürgerlichen Frauenrechtlerinnen erworben hatte, dafür geben die folgenden Beileidsschreiben Beweis. So heißt es in einem Schreiben, das der Zentralverband der Invaliden und Witwen Deutschlands an die Zentralleitung der U. S. P. richtete, u. a.:

Genossin Zietz fühlte voll und ganz mit den Arbeitsinvaliden und deren Hinterbliebenen und ist jederzeit eine eifrige Verfechterin der Interessen unserer Kreise gewesen. Wir erinnern an ihre Ausführungen betreffend Hilfsmaßnahmen für Invalidenrentner und Hinterbliebene in der Nationalversammlung am 14. Juli 1919 und unsere Reichsfürsorgekonferenz am 20. November 1921. Genossin Zietz war eine gute Förderin unserer Organisation und wir haben mit ihr viel verloren."

Die greise Vorkämpferin der Frauenbewegung, Minna Cauer, erinnert in ihrem Schreiben an „die bittere Kriegszeit", „wo Luise Zietz oft so Hartes und Schweres zu ertragen hatte. Nichts aber lähmte ihre Begeisterung und ihre Tatkraft, ihre Hingabe, für die Rechte der Arbeiterschaft zu wirken . . ." „Luise Zietz diente einer höheren Idee im wahren Sinne des Wortes, sie opferte alles für diese Idee, selbst ihre Gesundheit. Wer sie in ihrem Wirken achten gelernt hat, wird ihr Andenken hoch halten."

Regina Deutsch, die ebenfalls im bürgerlichen Lager steht, erinnert in ihrem Schreiben an das Wirken der Genossin Zietz für die Erkämpfung des Frauenstimmrechts und fährt dann fort: „Daß Frau Zietz eine ehrlich überzeugte gerade Persönlichkeit, eine Idealistin von reinstem Gepräge war, entnahm ich ihrem ganzen Wirken."

Clara Zetkin sendet „der unermüdlichen, mutigen Kämpferin für das Recht des Proletariats und des weiblichen Geschlechts, für die Befreiung der Menschheit aus den Fesseln des Kapitalismus diesen empfundenen Abschiedsgruß".

Die Holländische Sozialdemokratische Arbeiterpartei depeschiert an die Parteileitung der U. S. P. D.: „Genehmigt unsere aufrichtige Teilnahme beim Tode unserer Streitgenossin Luise Zietz."

Namens des Verbandsbureaus der Arbeitervereinigung „Poale Zion" in Wien sendet Rubaschow die folgende Depesche: „Ergriffen vom plötzlichen Ableben unserer unermüdlichen Genossin Zietz trauern wir zusammen mit ihnen."

Die bayerische Landtagsfraktion der U. S. P. D. „bezeugt Beileid zum Tode der Genossin Zietz". Ihr Beileid sprachen ferner aus die Ortsgruppen Schweinfurt und Offenbach a. M. der U. S. P. D.

Zum Kapitel Strafvollzug

Genosse Rosenfeld hat an den Vorsitzenden des 37. Reichstagsausschusses folgendes Schreiben gerichtet:

Der 37. Ausschuß ist zur Untersuchung der unhaltbaren Zustände in den Strafanstalten eingesetzt worden. Seit der Uebernahme der Arbeiten durch den Ausschuß sind diese Zustände aber nicht besser, sondern schlechter geworden. Es ist deshalb dringend notwendig, daß der Ausschuß, der bisher nur eine einzige Strafanstalt besichtigt hat, seine Arbeiten sofort wieder aufnimmt. Ich beantrage daher, schleunigst eine neue Sitzung wieder anzuberaumen, in der ich beantragen werde, weitere Strafanstalten durch den Ausschuß zu besichtigen.

Sowjetrußland und Genua

In dem gemeinsamen Aufruf der deutschen und französischen Kommunisten, der am letzten Sonnabend in der „Roten Fahne" veröffentlicht wurde, heißt es über die bevorstehende Wirtschaftskonferenz in Genua, daß sie „wie ihre Vorgängerinnen nur die Akten der Ministerien und die Hoffnungen sozialer Toren vermehren" würde. „Sie soll — hieß es weiter — den Weltkapitalismus der Gesundung entgegenführen und ihn erhalten, indem sie ihm Sowjetrußland zur Auswucherung ausliefert und die Kapitalisten Deutschlands als Fronvögte der Ententeimperialisten mit dieser Auswucherung betraut".

So die Kennzeichnung der Konferenz in Genua am letzten Sonnabend. In der Dienstagnummer der „Roten Fahne" jedoch wird eine „bedeutungsvolle Rede" Tschitscherins wiedergegeben, in der die Einberufung der Konferenz zu Genua als ein „großer Sieg der Politik Lloyd Georges" gefeiert wird. Tschitscherin erinnerte daran, daß Lloyd George schon vor drei Jahren die Einberufung einer europäischen Konferenz forderte, und nur durch Churchill und Clemenceau in seiner Politik behindert wurde. Und nun erklärt Tschitscherin: „In der Losung „Frieden und Handel" begegnen wir uns vollständig mit Lloyd George. Ungeachtet aller prinzipiellen Verschiedenheit unserer Anschauungen wollen wir die wirtschaftliche Zusammenarbeit".

Es ist erfreulich, daß an Stelle der kriegerischen Phrasen, die bei jeder Gelegenheit aus Moskau herüberschallen, nun vom Leiter der russischen auswärtigen Politik erklärt wird, daß er sich in der Frage des friedlichen wirtschaftlichen Aufbaus Europas mit Lloyd George begegne. Etwas merkwürdig erscheint allerdings die plötzliche Verherrlichung Lloyd Georges, der bisher in der Sowjetpresse als der schlimmste Feind Sowjetrußlands bezeichnet wurde. Noch merkwürdiger jedoch erscheint die Tatsache, daß gleichzeitig mit dieser Kundgebung des Leiters der auswärtigen Politik Sowjetrußlands die offiziellen Instanzen der Kommunistischen Parteien Deutschlands und Frankreichs in ihrer gemeinsamen Kundgebung die Hoffnung auf Genua, die auch von Tschitscherin geteilt wird, als die Hoffnung „sozialer Toren" bezeichnen. Deutlicher kann die Konfusion, die in der Kommunistischen Internationale herrscht, nicht aufgezeigt werden.

Die Alliierten haben das Wort

Paris, 31. Januar.

Der vom 30. Januar datierte Begleitbrief, mit dem die Reparationskommission das deutsche Memorandum den alliierten Regierungen übermittelte, erinnert an den Beschluß, den die Kommission am 13. Januar in Cannes gefaßt hat und fügt hinzu, daß die deutsche Regierung die verlangten Schriftstücke der Reparationskommission hat zugehen lassen. Die letztere überreiche sie den in ihr vertretenen Regierungen und bitte, mitzuteilen, ob diese die Angelegenheit selbst in die Hand nehmen oder sie zur Beschlußfassung an die Kommission zurückverweisen beabsichtigen. Das Schriftstück ist unterzeichnet von Dubois und Bradbury.

Aus dem Rathause

Eine unfruchtbare Sitzung

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung hielt gestern abend eine außerordentliche Sitzung ab, die vier Stunden dauerte und deren positives Ergebnis gleich Null war. Die einzig erfreuliche Tat war der Beschluß, eine Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung um 40 Prozent zu beantragen, ebenso notwendig und erfreulich, aber weniger ergebnisreich war die Debatte über die Anfrage der USP., was der Magistrat zur Besserung der Zustände, in denen sich die Berliner Parkanlagen befinden, unternehmen wolle.

Es spielten sich in der gestrigen Sitzung sehr erheiternde Szenen ab, die von den Kommunisten durch ihre Anfrage über die Entfernung einer roten Kranzschleife aus einem Betriebsratszimmer durch den Stadtrat Wege veranlaßt waren. Die Kommunisten hatten offenbar beabsichtigt, aus dieser Anfrage eine große politische Aktion zu machen und ließen durch ihren Fraktionsredner gegen den deutschnationalen Stadtrat Wege eine donnernde Pauke halten, deren Form und Inhalt den Deutschnationalen die Maßnahme ihres Vertrauensmannes nur um so berechtigter erscheinen ließ. Die einzig mögliche Haltung in dieser Sache nahm die Unabhängige Fraktion ein, deren Redner, Genosse Moses, in einer vortrefflichen satirischen Rede den deutschnationalen Stadtrat der Lächerlichkeit der ganzen Versammlung preisgab. Die Ausführungen des Genossen Moses gipfelten in dem Vorschlage, dem Helden dieses Schildbürgerstreiches, Stadtrat Wege, zum Ehrenbürger von Krähwinkel zu machen. Recht merkwürdig war das Verhalten des Rechtssozialisten Krüger, der sich bei solchen Dingen immer den Anschein gibt, als habe er die allein richtigen Ausführungen zu machen. Er erklärte zwar die Sache für eine Bagatelle, maß ihr aber nichtsdestoweniger grundsätzliche Bedeutung bei und verbreitete sich des längeren über seine Ansichten.

Nach vierstündiger Tagung, in der so gut wie nichts erledigt war, fand ein Vertagungsantrag Zustimmung und Beifall des ganzen Hauses.

Sitzungsbericht

Nach Verlesung zweier Dringlichkeitsanträge, von denen der erste nicht zur Verhandlung kommen konnte, da die Dringlichkeit widersprochen wurde, der andere zurückgestellt wurde, beantragte Stadtv. Schumacher (K. P. D.), die

Erwerbslosenfragen

als ersten Tagesordnungspunkt zu behandeln. Die Versammlung beschloß demgemäß. Stadtv. Kunze (S. P. D.) erstattete einen kurzen und inhaltlosen Ausschußbericht. Stadtv. Ostrowski (K. P. D.) wies daraufhin, daß die Erwerbslosenanträge der Stadtverordnetenversammlung schon seit November vorigen Jahres vorliegen und forderte schnelle und ausreichende Hilfe für die Erwerbslosen, deren Not sich dauernd steigere. Nach kurzen Ausführungen der Stadtv. Hüttigen (D. Vp.) und Padlow (S. P. D.), von denen der letztere gegen den kommunistischen Redner polemisierte und um Annahme des Ausschußantrages ersuchte, legte

Stadtv. Zimmermann (U. S. P.) die Stellung der U. S. P. dar. Die Bestrebungen zur Einschränkung der Unterstützungsberechtigung seien nicht imstande, die hohen Erwerbslosenziffern herabzumindern, sondern würden nur das Elend vergrößern. Es müßten wirklich durchgreifende Maßnahmen auch von den Kommunen im Reiche ergriffen werden, um Berlin in seiner Lage als Sammelbecken des Elends zu entlasten. Die Anträge der Kommunisten seien von der Stadtverwaltung gesetzlich garnicht durchführbar, das müßten auch die Antragsteller wissen. Die Umarbeitung der Anträge durch den Ausschuß biete einen wirklich gangbaren Weg. Einmalige Beihilfen helfen nur den augenblicklich Erwerbslosen, die Lage der Erwerbslosen überhaupt kann nur durch dauernde Hilfe gebessert werden. Zu der Frage der

Neuwahlen der Erwerbslosenräte

führte Genosse Zimmermann aus, daß im Ausschuß kein einziger Fall mitgeteilt worden sei, in dem die gewerkschaftlichen Vertrauensleute die Interessen der Erwerbslosen nicht wahrgenommen hätten. Deshalb sei die Vertretung der Erwerbslosen nicht nur völlig ausreichend, sondern die einzig richtige. Zum Schluß forderte der Redner auf, dem Ausschußantrage, eine Erhöhung der laufenden Unterstützung um 40 Proz. zu fordern, zuzustimmen. (Beifall.)

In der Abstimmung wurden die Ausschußanträge (keine Neuwahl der Erwerbslosenräte, 40 Prozent Erhöhung der Unterstützung) mit großer Mehrheit angenommen.

Aus Krähwinkels Schreckenstagen

Die Kommunistische Fraktion hatte eine Anfrage eingebracht, weshalb der Stadtrat Wege (Dtnl.) die Entfernung einer roten Kranzschleife aus einem Betriebsratszimmer angeordnet habe. Stadtrat Wege begründete die Anordnung mit der Bestimmung, daß in keinem städtischen Amtszimmer demonstrative Dekorationen geduldet werden könnten. In der auf Antrag der K. P. D. beschlossenen Besprechung hielt Stadtv. Holzke (K. P. D.) eine große Agitationsrede mit Ankündigung einer baldigen, blutigen Revolution.

Genosse Dr. Moses (U. S. P.) erklärte, daß man diese Sache nur ironisch behandeln könne und bezeichnete die Handlungsweise des Stadtrats Wege als einen Schildbürgerstreich. Das Verhalten des Magistratsvertreters in dieser Sache erinnere an das Heinesche Gedicht „Aus Krähwinkels Schreckenstagen". Der Stadtrat Wege scheine gar keine Empfindung dafür zu haben, daß er sich mit solchen Aktionen nur dem allgemeinen Gelächter aussetze. Berlin sei doch wohl durch eine rote Kranzschleife nicht gefährdet!

Stadtv. Koch (Dnatl.) antwortete auf einen Teil der satirischen Angriffe des Genossen Moses; Stadtv. Dove (Dem.) erklärte sich nicht in den Streit um die Farben mischen zu wollen. (Zuruf Dr. Weyl: Sie haben gar keine Farbe! Schallende Heiterkeit.) Stadtv. Krüger (S. P. D.) bezeichnet die Angelegenheit als eine Bagatelle; er erwarte ein gleiches Vorgehen vom Magistrat gegen ebensolche Demonstrationen der anderen Richtung. Stadtv. Kunze (Deutschsoz.) verlangte von den Kommunisten das gleiche Vorgehen, wenn das Hakenkreuz einmal so gefährdet sei! (Schallende Heiterkeit.)

Die Berliner Plätze und Parks.

Auf eine von der U. S. P.-Fraktion eingebrachte Anfrage, die noch mit anderen Eingängen verbunden wurde, trat die Versammlung in eine Besprechung der Verhältnisse in den Berliner Parkanlagen ein.

Stadtv. Genosse Zubeil (U. S. P.) begründete mit warmen Worten die Anfrage an den Magistrat. Der Zustand der Parkanlagen, die als die Lungen der Großstadt so nötig seien, erfordern unbedingt eine schnelle Abhilfe. Die meisten Plätze und Anlagen seien geradezu verwüstet. Es habe den Anschein, als sei jetzt auch der Oberbürgermeister zu der Auffassung gekommen, daß es so nicht weiter gehen könne. Genosse Zubeil legte die Zustände an einzelnen Beispielen dar und schloß mit der Aufforderung, Mittel bereitzustellen, um diese Verhältnisse zu bessern. (Beifall.)

Auf die Ausführungen des Genossen Zubeil antwortete Stadtrat Peters, der die Verhältnisse mit den erfolgten Streichungen am Parketat entschuldigte, aber für das nächste Jahr Besserung versprach. In der Debatte, die sich über eine Stunde ausdehnte, ergab sich eine weitgehende Uebereinstimmung mit der Kritik. Genosse Zubeil faßte das Ergebnis der Debatte zusammen und betonte, daß es nicht nur für die Jugend, sondern auch für das Alter zu sorgen gelte. In der Abstimmung wurde die Magistratsvorlage über die Bewilligung von Mitteln für die Parkverwaltung angenommen, die Anträge verschiedener Fraktionen wurden dem Magistrat als Material überwiesen, ein Antrag vom Stadtv. Richard Kunze, der den Magistrat zu Erhebungen über den Verkauf des Wannseegeländes an die Nordsüd A.-G. auffordert, wurde ebenfalls angenommen.

Stadtv. Degner (S. P. D.) begründete die sozialdemokratische Anfrage über den Brand der Sarotti-Fabrik: es sei durch bureaukratische Bestimmungen der Alarmierung das Eintreffen der Berliner Feuerwehr verspätet worden.

Stadtrat Krenbs (S. P. D.) beantwortete die Anfrage mit längeren Ausführungen, in denen eine ordnungsgemäße Ausfahrt der Feuerwehr behauptet wurde.

Ein eingegangener Antrag auf Vertagung der Verhandlungen wurde angenommen. Schluß gegen 9 Uhr.

Weisse Woche

Mengenabgabe vorbehalten.

Trikotagen

Damen trümpfe lang weiß oder schwarz 12⁹⁵
Herrensocken meliert, regulär gestrickt 12⁹⁰
Herrenhemd normalfarbig, verschied. Größen 69⁵⁰
Beinkleid für Herren, normalfarbig, verschiedene Größen .. 69⁵⁰
Jumper für Damen m. lg. Aermeln reine Wolle, mod. Farben 275⁰⁰
Unterröcke für Damen, gestreift 49⁵⁰

Wäschestoffe

Hemdentuch starkfädig .. Meter 14⁸⁰
Roh-Nessel kräftige Qualität .... Meter 18⁵⁰
Renforce gute Qualität...... Meter 21⁶⁰
Louisiana Deckbettbreite ... Meter 39⁵⁰
Damast Kissenbreite .... Meter 38⁵⁰
Damast Deckbettbreite ..... Meter 58⁵⁰

Wäsche-Garnitur: Taghemd und Beinkleid, Renforce mit Stickerei.. . 158⁰⁰

Damenwäsche

Damen-Hemd mit Stickerei ... 46⁵⁰
Damen-Hemd mit Stickerei-Ein- und Ansatz 58⁵⁰
Kniebeinkleid mit Stickerei-Ansatz .. 49⁵⁰
Kniebeinkleid mit breitem Stickerei-Volant .. 59⁰⁰
Unterrock mit brt. Stickerei-Volant 49⁵⁰

Schürzen

Damen-Schürze Wiener Form 29⁵⁰
Damen-Schürze Wiener Form, dunkle Muster 39⁵⁰
Tändel-Schürze mit Stickerei-Garnierung 18⁵⁰
Hausschürze Wiener Form 39⁵⁰
Damen-Schürze Wiener Form, türkisch gem. 49⁵⁰

Handtücher

Wischtuch kariert .... Stück 6⁵⁰
Wischtuch ca. 55×55 cm .... Stück 9⁷⁵
Handtuch Gerstenkorn ... Stück 12⁷⁵
Küchenhandtuch Drell m. roter Kante . Stück 21⁵⁰
Stubenhandtuch vollweiß Stück 24⁵⁰

Taschentücher

Damentuch Batist, mit farbiger Schnurkante ... Stück 4⁹⁵
Damentuch Batist, mit farbigem Durchzug ... Stück 4⁵⁰
Herrentuch Linon, mit Atlaskante .... Stück 7⁹⁰
Herrentuch Batist, mit farbiger Kante .... Stück 8⁵⁰
Kindertuch mit farbiger Kante 3⁹⁵

Kurzwaren

Languetten .... Meter 35Pf.
Wäschebörtchen ...... Meter 50Pf.
Korsettverschlüsse mit Feder Paar 1³⁵
Armblätter mit Gummiplatte .. Paar 5²⁵
Strumpfhalter für Damen ... Paar 5⁷⁵

Gardinen

Etamine ca. 70 cm breit ... Meter 19⁷⁵
Etamine ca. 100 cm breit .. Meter 29⁷⁵
Scheibengardinen versch. Must. ..... Meter 9⁷⁵
Künstlergardinen engl. Tüll . Fenster 125⁰⁰
Halbstores Etamine mit br. Fries und Volant .. Stück 128⁵⁰

Moderne Herren-Schals gestreift, mit Fransen 19⁷⁵

Jandorf

Belle-Alliance-Str. | Gr. Frankfurter Str. | Brunnenstr. | Kottbuser Damm | Wilmersdorfer Str.

Theater u. Vergnügungen

Volksbühne 7½ Uhr: **Der Bauer als Millionär**

Neues Volkstheater Köpenicker Str. 68. 7½ U.: **Die Wildente**

Staatstheater. Opernhaus (Außer Abonnement) 7 Uhr: Die Zauberflöte. Schauspielhaus 7½ Uhr: Peer Gynt

Dir. Max Reinhardt **Deutsches Theater** 7½ U. Ein Traumspiel

Kammerspiele 8 Uhr: Anatol

Großes Schauspielhaus Karlstraße. Zum 1. Male 7 U.: Schwedisches Ballet

Komische Oper 7½, allabendlich 7½, Die große Ausstattungs-Operetten-Revue **Der Herr der Welt**

Theater am Nollendorfplatz 7 Uhr **Die Ehe im Kreise**

Theater a. Kottbuser Tor Tel.: Mpl. 10077. Tägl. 7½ U. u. Stg. nach. 3 U. **Elite-Sänger** führen-Konz. Vok. 11-1½, u. 4-6

Theater i. d. Königgrätzer Str.: Bis Freitag: Geschlossen. Sonnabend zum 1. Male **Die wunderlichen Geschichten des Kapellmeisters Kreisler** Phantast. Melodram nach E. T. A. Hoffmanns Leben und Erzählungen von Carl Meinhard und Rudolf Bernauer. Musik mit teilweiser Benützung von Motiven aus Hoffmanns „Undine“ und Mozarts „Don Juan“ von E. N. v. Reznicek. Ludwig Hartau, Alfred Abel, Ebert, Schulz, Franziska Kinz, Paul Bildt, Frieda Richard, Robert Scholz, Ernst Dernburg, Paul Rehkopf, Hermann Picha, Heinz Alexander, Ernst Behmer

Komödienhaus Täglich 7.30 Uhr: **Karussell** mit Maria Orska, Joh. Riemann, Ralph Art Roberts

Berliner Theat. Täglich 7.30 Uhr: **Prinzessin Olala** Emmy Sturm, Herbert Kiper, Louis Kellger, Walle Roch

Theater des Ostens (Rose-Theater) 7½ Uhr: P. Die Grüße von Kempinski

Rotter-Bühnen Täglich 8 Uhr: **Trianon-Theater** Eiga. **Residenz-Theater** Eine Frau ohne Bedeutung. **Kleines Theater** Täglich 7½ Uhr: Haben Sie nichts zu verzollen?

Walhalla-Theater 8 Uhr **Die Mondscheindame**

7½ **Casino-Theater** 7½. Die neue Berliner Posse **Familie Gänseklein** Stg. 3½: Das Geständnis

8½ **Apollotheater** 8½ Friedrichstraße 218. Letzter Monat. Gr. Operetten-Ausstattungsrevue **Rund um die Welt** Sensationen! Lichtbild!

Metropol Varieté Behrenstraße 54. 7½ Uhr. Elsa Krüger, Persische Papageien, Heinrich Stengel, R. & W. Roberts, Lanos & Ada, Monty-Delt, Franz Meissner, Hans René, 3 Burgers, Dytha Ly, 3 Egons, Ernst Riedel

Circus Busch Tgl. 7½, Stg. auch 3 U. **Neuer Monat! Neue Sensationen!!** u. a.: **Der Todessprung** aus der **Circuskuppel**. Der **Teufelswürfel**. **Jiu-Jitsu-Kämpfe**. Neue **Massendressuren**. Nur noch kurze Zeit: Die Schlange d. Burga. Jüdisches Manegebild. Vorverkf. Werth. u. Circuskasse

Die Erstaufführung im Theater i. d. Königgrätzer Str.:

„Die wunderlichen Geschichten des Kapellmeisters Kreisler“

Phantastisches Melodram nach E. T. A. Hoffmanns Leben und Erzählungen von Carl Meinhard und Rudolf Bernauer, Musik von E. N. v. Reznicek

ist auf **Sonnabend, den 4. Februar,** verlegt worden.

Preise für die Premiere: 30—400 Mark Preise für die Wiederholungen: 12—250 Mark

Neue Welt A. Scholz, Hasenheide 108-14. Heute, Mittwoch, 1. Februar **Elite-Tag Bockbier-Fest** in den bayrischen Alpen. 30 bayr. Mad'l, 8 Kapellen. Einlaß 6 Uhr. Voranzeige: Morgen, Donnerstag, 2. Februar **Gr. Schweineschlachten**

Marinestabsarzt Dr. med. Dammann's **Radikalmittel** gegen **Geschlechtsleiden!!** Wenn Sie alles umsonst oder ohne dauernden Erfolg angewandt, lassen Sie sich sofort **belehrende Broschüre** kostenlos in verschloss. Kuvert ohne Aufdruck geg. 4 M. für Porto u. Spesen senden. **Tausende freiwill. Dankschreiben. Präparate** seit langen Jahren bewährt geg. **Harnröhrenleiden** (Ausfluß frisch u. veraltet), **Syphilis**, ohne Einspritzung, ohne Quecksilber u. Salvarsan, ohne Berufsstörung. **Mannesschwäche** (aufsehenerregende Erfolge bei allen Altersstufen), **Weißfluß**. Leiden **genau** angeben, damit **richtige** Broschüre gesandt wird. Auskunft kostenlos geg. Rückp. **Dr. med. H. Seemann,** G. m. b. H. Sommerfeld 6. (Bez. Frankfurt, Oder) Breitestraße 12. Spezialärztliche Leitung. Warnung vor wertlosen Nachahmungen, nur Original-Verpackung mit Dammann's Namen echt.

Metall ankaufsstelle Osten, Große Frankfurter Str. 30 zahlt Tagespreise für **Kupfer, Messing, Blei, Zink etc.**

Möbel jeder Art bei kleiner Anzahlung und bequem. Abzahlung. Möbelhaus **Andreasstr. 28** Nur 1 Treppe. Strengst. Diskretion!

Allen Genossen und Bekannten die traurige Nachricht, daß unsere liebe Tochter **Gertrud** im Alter von 18 Jahren am Sonnabend, den 28. Jan., an der Grippe verstorben ist. Die Einäscherung findet am Freitag, nachm. 4 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße, statt. Um stille Teilnahme bitten die Eltern **Julius Schulwitz** nebst Frau u. Kindern. Luxemburger Str. 30.

Bilder, Kunstblätter, Wandschmuck mit und ohne Rahmen kauft man in der Buchhandlung „Freiheit“ Breite Str. 8/9

Parzellen in Heiligensee bei Tegel. Verkauf, sehr gut. Boden, gering. Anzahl. Abzahlung gestattet. Terraingesellschaft Heiligensee, Berlin, Schiffbauerdamm 25, Teleph. Norden 918. Auskunft: In Heiligensee im Bureau oder bei Lamprecht, Restaurant Rotkäppchen, Kirchallee, a. d. Teilstrecke Tegel-Heiligensee elektr. Bahn.

Zeißfeldstecher 6- und 8-fach, kauft ständig M. Steckelmann, Berlin W 9, Potsdamer Str. 135 (Lützow 9289)

Direkt ab Fabrik kauft man Schokolade-Tafeln, Streifen, Staniol-Waffeln, Dessert-Stangen, Bananen usw. preiswert. G. Freund & Co. N 37, Schwedter Str. 258

Spez.-Beh. nur für **Ischias** Hüft-, Gesäß- u. Bein-Da. Schm. Fälle in 15 Tag. beseit. m., hierüb. unantastb. Heilerf. besch. u. Referenz. Invalidenstr. 106. **Jacoby** von 9—3.

Bettnässen Befreiung! (of. Alter u. Geschlecht angeb.) Auskunft umsonst. Berl. sanit. Art. Gg. Englbrecht, München C 18, Kapuzinerstr. 9.

Armeepistolen Mauser 7,63 kaufen zu höchsten Preisen oder tauschen gegen neue 6,35 oder 7,65. *Waffenfrankonia Würzburg*, Bayern

Alt-Metalle kauft zu höchsten Preisen **Waßmannstraße 22**

Altmetalle unüberbietbare Preise zahlt Badstr. 34, Hof

Metalle Kupfer, Rotguß, Blei, Messing, Zink, Zinn u. Lagermetall, Quecksilber Tagespreis. **Zuckermann,** Lothringer Straße 48. Metallhandlung. Norden 4861.

Ausschneiden!

Außerhalb Groß-Berlins Wohnende bitte beim Postamt bestellen!

Der Unterzeichnete bestellt hiermit vom

1 Exemplar der **zweimal** täglich erscheinenden Zeitung

„Freiheit“

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

mit den

Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“, „Frauenwelt“ u. „Jugend-Genosse“

zum Preise von Mk. 21.— monatl., Mk. 10.50 halbmonatl.

bei freier Zustellung ins Haus

Name: ______

Ort: ______ Straße: ______ Nr. ______

(Namen deutlich schreiben, Adreß. genau ausfüllen: vorn, Hof, Gth., Quergeb.)

Diesen Bestellschein bitten wir in einer unserer Speditionen abzugeben oder an die Hauptexpedition, Berlin C 2, Breite Str. 8-9, einzusenden.

Soeben erschienen!

Almanach

des Verlages der Kommunistischen Internationale

Mit Beiträgen von: Lenin / Sinowjew / Trotzki / Bucharin / Radek / E. Varga / Rosa Luxemburg / Karl Liebknecht / John Reed / Arthur Ransome / Upton Sinclair / O. W. Kuusinen / Gussew / Kafaja / Josef Pogany / Artur Warner / P. Werner

330 Seiten Mit 30 Illustrationen

Preis: Broschiert Mk. 45.— / Organisationsausgabe Mk. 18.—

Der ab 1. Jan. 1922 geltende Preisaufschlag ist eingerechnet

Zu beziehen durch:

Verlag Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg

alle Buchhandlungen u. Auslieferungsstellen der KPD.

Guy de Maupassant Romane u. Novellen

1. Fräulein Fifi
2. Schwestern Rondoli
3. Miß Harriet
4. Das Haus
5. Mondschein
6. Herr Parent
7. Der Horla
8. Die Schnepfe
9. Der Liebling
10. Ein Menschenleben
11. Stark wie d. Tod
12. Birkchen
13. Hans und Peter
14. Die kleine Roque
15. Nutzlose Schönheit
16. Der Tugendpreis
17. Schnaps-Anton
18. Unser Herz
19. Tag- u. Nachtgeschichten
20. Mont Oriol

Jeder Band elegant gebunden 18,— Mk. Buchhandlung **„Freiheit“** Berlin C 2, Breite Str. 8—9

Genossen werbt für unser Blatt

Front gegen die Volksseuchen

Eine Wanderung durch die Anstalten des Krankenkassen-Verbandes

Im „Verbande der Krankenkassen im Bereiche des Oberversicherungsamts Berlin“, gegründet auf Grund der Reichsversicherungsordnung mit dem Zweck, für die angeschlossenen Kassen gemeinschaftliche Heilanstalten zu erwerben und zu beaufsichtigen, sind die wichtigsten Krankenkassen Berlins und der Vororte mit rund 1 300 000 Mitgliedern zusammengeschlossen. Dieser Verband unterhält zwei außerordentlich wichtige Anstalten, deren eine am Alexanderplatz und das diagnostische Institut in der Blücherstraße untergebracht sind. Wir haben einen unserer Mitarbeiter veranlaßt, diese Anstalten zu besichtigen, und veröffentlichen im folgenden eine Schilderung seiner Eindrücke.

Die Heilanstalt am Alexanderplatz

Die Anstalt, die mit den modernsten Apparaten ausgerüstet ist, soll die physikalische Therapie auf wissenschaftlicher Grundlage in die allgemeine Kassenpraxis einführen. Die Aerzte der Anstalt sind keine Kassenärzte. Die Kranken bleiben daher Patienten der sie an die Anstalt überweisenden Kassenärzte. Kranke mit ansteckenden Krankheiten werden vorläufig in die Anstalt nicht aufgenommen.

In der hydrotherapeutischen Abteilung (Hydrotherapie = Wasserheilkunde) werden Erkrankungen der Atmungs-, Verdauungs- und Kreislauforgane, der Harnwege der Muskeln, Sehnen und Gelenke, des Stoffwechsels, des Blutes und Nervensystems behandelt. Angegliedert ist dieser Abteilung ein Turnsaal mit allen möglichen Apparaten zur aktiven Uebung aller Gelenke. Soweit nicht die Einführung von Elektroden (elektrischen Polen) in den Körper notwendig ist, wird in der Abteilung auch örtliche Diathermie (Behandlung mit Wärmestrahlen) angewendet.

Die Röntgenabteilung ist eingerichtet zur Ausführung fast aller röntgen-diagnostischer Arbeiten (Diagnostik = Feststellung der Krankheitsursachen) also für Durchleuchtungen und die Herstellung von Röntgenbildern. Ferner erfolgt in dieser Abteilung Oberflächen- und Tiefenbestrahlung mittels Röntgenstrahlen, mit Ausnahme der Behandlung bösartiger Geschwülste.

Im Inhalatorium werden Inhalationen mit Sauerstoff, Mentholöl und komprimierter Luft, Novocain und Sauerstoff an die Patienten mit Katarrhen und Asthma verabreicht. Zur Absaugung des Eiters bei Eiterungen der Nasennebenhöhlen dienen besondere Absaugeapparate.

Höhensonnenbestrahlung

Höhensonne ist große Mode. Wenn man die Riesenreklame privater Institute beobachtet, braucht man sich nicht zu wundern. Höhensonne macht angeblich alles, hilft angeblich jeden. So denken weiteste Kreise des Laienpublikums. Fest steht, daß die Höhensonnen- oder Quarzlichtbestrahlung bei bestimmten Krankheitsfällen außerordentlich günstige Heilresultate zeitigt. Die übertriebene Begeisterung für diese Bestrahlung mit ultravioletten Strahlen birgt aber die Gefahr in sich, daß die Begeisterung in ihr Gegenteil umschlägt, da die künstliche Höhensonne genau wie die natürliche Höhensonne nicht alle Krankheiten heilen kann.

Der Anstalt stehen die modernsten Lampen aller Größen und Arten zur Verfügung. Die ultravioletten Strahlen werden durch elektrische Röhrenlampen, in denen bei Stromeinschaltung Quecksilber kreist, erzeugt. Zum Schutze der Augen vor dem außerordentlich intensiven Licht tragen die Patienten besondere Schutzbrillen.

Statistisches

Nach dem Jahresbericht der Anstalt für die Jahre 1919 und 1920, der in diesen Tagen zum Versand kam, betrug im Jahre 1920 die Leistung der hydrotherapeutisch-medicomechanischen Abteilung insgesamt 100 640 Einzelleistungen, im Röntgeninstitut 14 691, im Inhalatorium 13 426, in der Quarzlichtabteilung 65 147, in der Diathermie- und Elektrisationsabteilung 22 222. Der Entwicklung des Instituts wurde vom Verbande der Krankenkassen in weitestgehendem Maße Rechnung getragen durch Umbauten, Neuanschaffungen usw., jedoch muß festgestellt werden, daß die Räume am Alexanderplatz, obwohl jedes Fleckchen ausgenutzt ist, nicht mehr ausreichend sind, was notwendigerweise zu Unzuträglichkeiten mit den Patienten führen muß. Jawohl, es besteht eine Wohnungsnot, für solche Institute muß aber Platz geschaffen werden im Interesse des Gemeinwohls und sei es im Berliner Schloß oder in den leerstehenden Palästen am Pariser Platz oder sonstwo.

Vorbeugende Diagnostik

Durch zentralisierte diagnostische Untersuchungen wird erfolgreich die Verbreitung gefährlicher Krankheitserreger eingedämmt. Um den Kassenärzten ein einwandfreies Untersuchungsergebnis zur Verfügung zu stellen, wurde vom Krankenkassenverband das „Diagnostische Institut“ in der Blücherstraße, das unter Leitung seines Gründers, Dr. Königsberger, steht, übernommen. In hellen Laboratoriumsräumen wird von tüchtigen Aerzten und Hilfsarbeiterinnen mit Hilfe modernster Apparate das von den Krankenkassenärzten eingesandte Untersuchungsmaterial gewissenhaft geprüft. Die ganze Stufenleiter der diagnostischen Praxis, von den Harn- und Sputumuntersuchungen bis zur bekannt komplizierten „Wassermannschen Reaktion“, kann man hier verfolgen und bewundern. Mit dem scharfen Mikroskop wird rasch festgestellt, ob eine gefährliche Infektionskrankheit vorliegt, kleinste Gewebeteile lassen erkennen, ob es sich um Krebs oder ein gutartiges Geschwür handelt. In der Hauptsache dient das Institut jedoch dem Kampfe gegen die beiden gefährlichsten Feinde der Volksgesundheit: Syphilis und Tuberkulose. Leben oder Tod, Gesundung oder jahrelanges Siechtum hängt gerade bei diesen beiden außerordentlich verbreiteten Krankheiten davon ab, daß möglichst früh, im primären Stadium, die Krankheit einwandfrei erkannt wird. So kann z. B. ein Mensch, bei dem Syphilis im Primärstadium festgestellt wird, unter günstigen Umständen in wenigen Wochen durch eine energische Abortivkur von den unheilvollen Krankheitserregern befreit werden. Auch Tuberkulose im Anfangsstadium heilt aus, bei zeitiger entsprechender Behandlung und Loslösung des Patienten aus der ihm schädlichen Umgebung, sei es eine unhygienische Wohnung oder ein staubiger Fabriksaal, der Hunger oder der Alkohol. Schnelle, einwandfreie Diagnosen und eine entsprechende Aufklärung des Publikums können Millionen von Menschen das Leben retten. Etwa 20 Prozent der dem Institut eingesandten Sputa waren positiv auf Tuberkulose und 45 Prozent der Untersuchungen auf Syphilis.

Spirochaeta pallida und Tuberkel

Spirochaeta pallida — diesen Namen trägt der Erreger des Syphilis, der erst im Jahre 1905 durch den Zoologen Schaudinn festgestellt wurde und in allen Säften und Gewebeteilen des Erkrankten im vorgeschrittenen Stadium heute nachgewiesen werden kann. Die Syphilisspirochäte zeigt das Bild einer korkzieherartig gewundenen kleinen Schlange, als wollte sie schon durch ihre Form ihre Gefährlichkeit dokumentieren. Ihre verhältnismäßig späte Feststellung erklärt sich durch ihre winzigen Abmessungen. Sie ist nur 0,00025 mm dick und hat 5 bis 20 gleichmäßige, ungefähr 0,001 mm tiefe und etwa ebenso weite Windungen. Heute ist man jedoch in der Lage, sie durch das mikroskopische „Dunkelfeldverfahren“ im Geschwürsekret lebend nachzuweisen. Eine winzige Menge Blut aus einem Syphilisgeschwür kommt auf eine Glasplatte, ein ganz dünnes Glasplättchen darüber, das Präparat kommt unter das Mikroskop, ein elektrischer Lichtbogen, der das Präparat in eigentümlichen Reflexen durchleuchtet, wird eingeschaltet, und das erstaunte Auge sieht das Leben und Weben — und Verderben im Blut. Die Blutkörperchen sausen hin und her, einige strahlen wie Brillanten, und dazwischen schiebt sich die Schlange „Spirochaeta pallida“, die „bleiche“ Spirochäte. . . . Diagnose: Syphilis!

Im Altertum scheint diese Krankheit noch nicht vorhanden gewesen zu sein. Erst seit dem 15. Jahrhundert ist sie sicher bekannt. Nach Europa wurde sie wahrscheinlich aus Westindien von spanischen Soldaten verschleppt. Sie ist heute sehr verbreitet. Man kann wohl sagen, daß 25 Prozent aller Deutschen diese unheimliche Krankheit hatten oder haben. Für ihre so starke Verbreitung sorgte besonders der „Völkerverjünger“ Krieg. Die Uebertragung der Krankheit erfolgt fast durchweg bei sexueller Berührung, sie überträgt sich aber auch auf gesunde Menschen, wenn eine winzige Hautwunde in Berührung mit einem eitrig zerfallenden Geschwür eines Syphilitikers kommt. Höchst selten ist die indirekte Infektion durch Gebrauchsgegenstände. —

Die Ursache der Schwindsucht, die über die ganze Erde verbreitet ist und allein in Europa weit über eine Million Opfer fordert, ist der von Robert Koch in den achtziger Jahren entdeckte Tuberkelbazillus. Dieser Bazillus ist leicht gekrümmt, stäbchenförmig und läßt sich durch eine Fuchsinfärbung intensiv rot färben, so daß er im Präparat unter dem Mikroskop sehr gut zu erkennen ist, wogegen die Färbung des Syphiliserregers sehr schwierig ist.

Zumeist tritt die Tuberkulose als Lungenschwindsucht auf, es gibt aber auch tuberkulöse Erkrankungen der Knochen, Lymphdrüsen, des Darmes und des Brustfells. In den meisten Fällen ist ihr Verlauf ein langsamer. Nach wissenschaftlichen Feststellungen ist ein Erwachsener durchschnittlich drei Jahre krank.

Die Tuberkuloseinfektion erfolgt zumeist durch den Mund, durch die Einatmung in der Luft befindlicher Tuberkeln. Aber auch durch Nahrungsmittel können diese Krankheitserreger Eingang in den Körper finden. Nicht alle Menschen sind in gleicher Weise für Tuberkulose empfänglich, sie ist in hervorragendem Maße die Krankheit der Arbeiterklasse. Abgearbeitete, schwächliche und unterernährte Menschen fallen ihr zuerst zum Opfer, aber auch Zuckerkrankheit, Syphilis, Alkoholismus, Blutarmut, Erkältung usw. schaffen einen günstigen Boden für eine Tuberkuloseinfektion. Würden die Aerzte bei jedem Lungenkatarrh oder jeder Erkrankung des Rippen- oder Brustfells eine Untersuchung des Auswurfs oder ein Röntgenbild anfertigen lassen, dann würde zweifellos ein großer Prozentsatz schwerer tuberkulöser Erkrankungen vermieden werden können. Das „Diagnostische Institut“ bietet die Möglichkeit hierzu.

Der Kampf gegen die Volksseuchen ist ein Kampf der Gemeinschaft, in erster Linie des Staates, der Wissenschaft und der Krankenkassen. Durch die Errichtung der beiden Anstalten hat der Krankenkassenverband bewiesen, daß es ihm mit diesem Kampf ernst ist. Bei dem Geschaffenen darf er jedoch nicht stehenbleiben. Mehr solche Institute müssen erstehen, am besten in allen Stadtteilen, wobei die bestehenden Institute die Zentralen bilden könnten. Aber auch aufklärend muß gewirkt werden. Aufklärung ist die beste Verhüterin von Krankheiten. Wenn der Krankenkassenverband auf dem beschrittenen Wege in zäher Beharrlichkeit weiter arbeitet, dann wird der Erfolg nicht ausbleiben.

Tyllus.

Beratung des städtischen Manteltarifs

Am Montag nachmittag begannen die Beratungen über den Manteltarif der städtischen Arbeiter und Angestellten vor der von Magistrat und Stadtverordnetenversammlung eingesetzten gemischten Deputation und den Vertretern der Gewerkschaften. Einen breiten Raum nahmen zunächst die gesonderten Beratungen der Deputation ein, über die Frage, ob die Deputation sich im Sinne des § 20 Abs. 4 des bestehenden Tarifvertrages als Einigungsamt betrachte. Es wurde diese Frage zunächst verneint, da die Stadtverordnetenversammlung der Deputation diese Befugnis nicht gegeben habe. Als darauf die Vertreter der Arbeitnehmer aber erklärten, unter diesen Umständen nicht verhandeln zu können, sondern die Anrufung des Schlichtungsausschusses verlangten, beschloß die Deputation, die fehlende Befugnis in der Stadtverordnetenversammlung am Dienstag durch einen Dringlichkeitsantrag nachholen zu wollen und unter der Voraussetzung der Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung sofort in Verhandlungen einzutreten. Die Arbeitnehmervertreter stimmten dem zu.

Bis abends 10 Uhr dauerten dann die Vorträge des Magistratsvertreters und der Vertreter der Gewerkschaften. Dienstag vorm. fanden Beratungen innerhalb der Deputation statt. Bis 3 Uhr nachmittags waren die Beratungen nicht über den § 2 hinausgekommen. Im Prinzip wurde zunächst nach den Anträgen der Gewerkschaften beschlossen, statt der bisher bestehenden zwei Tarife (Angestellte und Arbeiter) nur einen einheitlichen Tarif zu schaffen. Im § 2 beschloß die Deputation mit 12 gegen 9 Stimmen eine Verschlechterung des bisherigen Arbeitsverhältnisses, indem in Zukunft die Arbeitszeit acht Stunden ausschließlich 15 Minuten Pause betragen soll, während bisher 15 Minuten Pause in der Arbeitszeit lagen und bezahlt wurden. Die Beratungen wurden während der Stadtverordnetenversammlung fortgesetzt.

Unbefugte Benutzung der Feuermelder. Der Feuermelder, der den Einwohnern zur Benutzung bei Ausbruch eines Feuers, bei gewissen Unglücksfällen usw. zur Verfügung steht, wird in letzter Zeit oft unrechtmäßig in Tätigkeit gesetzt. Abgesehen von der nicht scharf genug zu verurteilenden Handlungsweise besteht bei gleichzeitig berechtigtem Anruf die Gefahr, daß Hilfe zu spät kommt und Menschenleben verloren gehen. Eltern und Erzieher sollten es sich angelegen sein lassen, ihre Kinder über die Bedeutung einer Feuermeldeanlage zu unterrichten und ihnen das Spielen an den Meldern grundsätzlich verbieten.

Im Wasser

Von Stijn Streuvels

Aus dem Flämischen übersetzt von Friedrich Moritz Huebner

(3. Fortsetzung)

„Jan, Junge, was ist eigentlich los?“

„Ich bin krank, Mutter“, und er drehte sein Gesicht der Wand zu. Es machte ihm Herzweh, daß sich alle gegen ihn verschworen hatten, und besonders, weil Mutter mit unter ihnen war und sie ihm Tale auf den Hals laden wollte. Er fühlte sich überwältigt und schlaff, unfreiwillig mittreibend in den bösen Umständen, über die er keine Macht hatte. In seinem Leben, von dem er geträumt und so schöne Dinge erwartet hatte, sah er in der Ferne allen Sonnenschein und alle Kraft auslöschen und vergehen; wie ein verstümmelter Baum stand er da, dem etwas fehlt, was er braucht und was ihm auf immer versagt bleiben soll. Er hätte tot oder weit weg sein mögen, und dennoch hing er gar furchtbar an seiner lieben Wasserkante, an den Bäumen rundum, an Luft und Wasser und Menschen, mit denen er so tief verwachsen war, obschon sie ihm jetzt Leid genug zufügten.

Die Schelde lag nun allein und verlassen; sie bleydete unter der gewaltigen Sonnenflamme inmitten der weiten, grünen Grasebene, auf welcher zahlreiche schwarze, weiße und graue Geißen umhersprangen. All die Männer, die nachtsüber am Fischen gewesen waren, standen hier und dort zerstreut auf dem breiten, gewölbten Acker und warfen die dampfende feuchte Erde um. Man sah von ferne ihren gekrümmten Oberkörper gegen den Himmel und das Funkeln ihres stählernen Ackergerätes. Um und in den Hütten herrschte ein unaufhörliches Getrappel und Gelärm von Weibern, die den Hausstand besorgten oder beim Webstuhl saßen und sangen und fleißig die Spule hin und wider warfen. Die Jungens wimmelten längs den Wegen und vor den Türen, balgten sich auf dem Grase und jagten die schnatternden Scharen der weißen Enten ins Wasser. Andere lagen schlafmützig auf der warmen Wiese hingestreckt und hüteten die Geißen. Und über all dieser Welt und all diesem Leben, das unter dem blauen Raum gar klein und wie unbeweglich schien, drehte die mächtige Sonnenscheibe in ihrer ganzen Hitzegewalt und ihrer Lichtschönheit. Am Mittag, beim Erschallen des Glöckchens der fernen Kirche, zog ein jeder heimwärts. Mutter Boele hatte auf den Tisch Gabeln und hölzerne Löffel geworfen und den Napf mit Milchbrei hingesetzt, dazu ein Gefäß voll dampfender Kartoffeln, und die sieben großen Kerle saßen aneinandergedrängt über die kleine Tafel gebückt und aßen mit gierigem Munde. Als Jan das Geräusch hörte, stieg er herab und setzte sich mit dazu. Die Kerle erzählten laut dieselben gewöhnlichen Dinge, wovon jeder wußte, über die sie aber schwatzten, weil sie nun einmal beisammen waren und Lärm machen mußten. Als sie mit Essen fertig waren, gingen sie vor die Tür und steckten ihre langen Gliedmaßen in die Sonne; sie rauchten ihre kurze Tonpfeife und klemmten die Augen zu, wegen der heftigen Helle. Später gingen sie wieder mit den anderen Leuten aufs Feld, und allenthalben kehrte aufs neue die Ruhe zurück.

Mutter blieb allein und dachte die ganze Zeit mit einiger Beklemmung an den kommenden Sonntag. Wie es einrichten, damit der älteste Sohn anständig und nach Gebühr ihr Haus verlassen konnte?

Tale sprach noch drei, viermal vor, fragte um Rat und wollte wissen, ob Jan an der Arbeit war, was er gesagt hatte, und wie sie es anstellen sollte, um das neue Hauswesen am besten nach seinem Sinne zu verwalten. Mutter tröstete das Ding und belehrte sie, wie sie mit Jan umzugehen hatte.

„Er ist nicht schwierig, mein Junge, und der beste Trödelhans von der Welt! Manchmal aber hat er seine Grillen im Kopfe; er denkt zuviel; und wenn er dabei ist, muß man ihn in Ruhe lassen, Tale, oder ihm ganz aus dem Wege gehen. Das geht bald vorüber, und er wird wieder der alte, gute Bursche.“

Tale hing an Mutters Lippen, und sie lebte ersichtlich, solange sie von Jan reden hörte.

Dann ging sie nach ihrem Häuschen zurück und ordnete die neuen Gegenstände, die jeden Tag hinzukamen und aus denen sich allmählich der Hausrat bildete, worin und womit sie und Jan ihr Leben verbringen sollten. Am Abend stand sie wieder und lauerte, ob Jan vom Felde sich sofort nach Hause wenden würde.

Als er dann endlich heim war und gegessen haben mußte, wickelte sie ihr Kind in eine wollene Decke, nahm es auf den Arm und schlich an der Hauswand entlang bis dorthin, von wo sie ihn heraustreten sehen konnte. Es dauerte nicht lange, und Jan kam mit seinem Bruder Jvo des Wegs herabgewandelt. Sie wechselten einige Worte, und dann am Kreuzweg stieg Jvo hinauf zum „Dorfstigen Ridder“, während Jan die steinerne Treppe zur Schelde hinabstapfte.

Tale folgte ihm von weitem. Sie sah, wie er am Ufer stand und zauderte und lange über das dunkle Wasser in die blau verdämmernde Ferne des jenseitigen Strandes hinblickte. Dann sah sie ihn in ein Boot steigen und stehend hinübersetzen, schnell an Land springen und dorfwärts verschwinden. Tale ließ sich auf einen Steinbrocken am Ufer nieder, mit den Füßen gegen das Wasser, gab ihrem Kinde die Brust, weil es schreien wollte, und blieb warten. Ihre Augen ruhten starr auf der Stelle, wo sie ihren Jan hatte verschwinden sehen.

Der atmete bereits leichter und schritt desto freier, je weiter er die Schelde hinter sich fühlte. Er wußte Bescheid über Weg und Steg, und ohne zu überlegen, ging er erst links, dann rechts, später über ein Stück umgepflügtes Feld, schließlich einen Lindengang entlang, bis er an die Häuser kam, die im Dunkeln vor ihm wie schwarze Haufen lagerten. Er kroch durch eine zerzauste Dornenhecke und kam in den offenen Hof eines Anwesens, wo das Licht der Lampe durch die nicht verhangenen Fenster strahlte. Er setzte sich hier auf einen Stoß Kuchfutter und lauschte auf die Leute, welche sich in der Küche zu schaffen machten. Das Gesinde saß rund um den Tisch beim Abendessen, unter ihnen erblickte er Poezeke. Sie trippelte zwischen dem Gesinde hin und her, trug große Näpfe mit Kartoffeln und Milchbrei auf, bediente jeden und schnitt Butterstullen. Sie stand mit ihrem Angesichte fast nach dem Fenster gekehrt und war ganz versunken in ihre Tätigkeit. Sie dachte weder an Jan Boele noch an sonst jemanden auf der ganzen Welt. Ihr Angesicht glühte vor Sammlung und vor stiller Zufriedenheit mit ihrem Werk. Jan lauerte und blickte, und seine Augen folgten ihr überall, wohin sie sich wandte. Er hätte sie in sich einsaugen mögen! Und wieder und wieder sah er sich an ihren schönen Formen die Augen satt und liebkoste leise und sorgfältig ihren ganzen Körper. So schön umrahmte blondes, helles Kraushaar ihre Stirn; ein hübsches Näschen und runde Lippen und ein Etwas, was er nicht sagen konnte, aber wahrnahm und empfand, so liebreizend machte das ihr Angesicht . . . Und ihre Schultern, Brust und Hüften, das steckte alles in einem gewöhnlichen Werktagsgewand und zeigte die molligen Formen; und das Benehmen und Sichwiegen ihres Ganges und ihrer Gebärden; ihre runden Arme faßten das Brot so geschickt an, und das Messer schnitt die Scheiben so schwungvoll ab. Und nun wieder ihre Augen, die blauen, die hellblauen . . . Die erinnerten ihn an die großen weißen Sternblumen in ihrer vollen Blüte. Tale, Mutter, der Pfarrer, die Fischer, die Schelde und die Wasserkante — alles lag eingewickelt unter einem grabschwarzen Tuche und war weit weg und vergessen.

(Fortsetzung folgt.)

Keine Sühne für Arbeitermord

März 1919! — Die Erinnerung an diese Zeit läßt das Wüten der Noskeschen Garden unter der Führung des Freiherrn von Lüttwitz in Berlin vor dem geistigen Auge erstehen. **Es ist bekannt, daß unter dem Schutz des berüchtigten Noskeerlasses unzählige, vollkommen unschuldige Arbeiter von Verbrechern in Reichswehruniform hingemetzelt worden sind.** Eine Lügenflut ohne Beispiel stachelte die ohnehin blutgierige Soldateska zu immer grausameren Verbrechen an der Arbeiterschaft auf. Die Standrechtmaschine arbeitete! Ein Mitgliedsbuch der USPD. oder der KPD. genügte in zahllosen Fällen zur Vollstreckung eines Todesurteils. In sadistischer Weise wurden die Angehörigen der Todeskandidaten damals gezwungen, der Erschießung des Vaters oder des Sohnes beizuwohnen.

Aus welch nichtigen Gründen heraus damals Arbeiterleben zerbrochen wurden, zeigte mit einer unerhört brutalen Nacktheit eine Verhandlung vor dem Schwurgericht des Landgerichts III, unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Rehlberg am gestrigen Dienstag. Wegen Mordes und rechtswidrigen Gebrauchs ihrer Waffen hatten sich die ehemaligen Reichswehrsoldaten Ritter und Wendler zu verantworten. Die Anklage vertrat Staatsanwaltschaftsrat Weyermann, die Verteidigung der Angeklagten lag in den Händen der Rechtsanwälte Such und Schröter.

Der Mord an dem Arbeiter Piontek.

Die beiden Angeklagten, der eine ist Dreher, der andere Bergmann, gehörten im März 1919 zum Freikorps Lüttwitz. Ihr Truppenteil hatte den Auftrag von Karlshorst aus Lichtenberg von den „Spartakisten" zu säubern und die „Ordnung" wieder herzustellen. Ritter gehörte zu einer Nachhutpatrouille. In der Eitelstraße stand der Arbeiter Piontek mit einigen Nachbarn zusammen. Als er dem Angeklagten Ritter Feuer für eine Zigarette verweigerte, wurde er von der Patrouille verhaftet, zu der Kompagnie geschleppt und später in der Normannenstraße von Ritter durch eine Anzahl Schüsse schwer verletzt. Der Angeklagte Wendler konnte angeblich die „Zielübungen" an dem Arbeiter Piontek und die Quälereien nicht mehr mitansehen und gab dem Piontek, nach eigener Aussage, einen Schuß in den Hinterkopf, der den Schädel zerschmetterte. — Fangschuß!

Die Vernehmung der Angeklagten.

Die beiden Angeklagten bestritten bei ihrer Vernehmung entschieden, den tödlichen Schuß abgegeben zu haben. Wiederholt hält ihnen der Vorsitzende ihre früheren Aussagen vor dem Kriegsgericht und dem Untersuchungsrichter vor, unter dem Hinweis, daß sie doch Mut zur Wahrheit aufbringen müssen. Ritter konnte sich zuerst überhaupt nicht mehr entsinnen, daß er auf Piontek geschossen hat. Nach und nach gibt Ritter zu, daß er geschossen habe, denn Piontek hätte flüchten wollen. Den tödlichen Schuß in den Kopf habe Wendler abgegeben.

Der Angeklagte Wendler wehrt sich entschieden gegen diese belastende Aussage seines ehemaligen Kameraden. Wendler sagt aus, daß er beobachtet habe, wie in der Normannenstraße der Angeklagte Ritter von hinten auf den Arbeiter Piontek geschossen habe. **Ritter habe fünf Schüsse abgegeben und zwar aus einer Entfernung von drei Schritt.** Zwei oder drei der Schüsse seien fehlgegangen, die anderen hätten den Zivilisten schwer verwundet. Es sei ein gräßlicher Anblick gewesen, und nur aus Mitleid heraus, und um die Leiden des an der Erde liegenden Piontek abzukürzen, habe er mit dem Karabiner des Ritter auf Piontek geschossen. Ob er ihn tatsächlich getroffen habe, könne er nicht wissen.

Die Zeugenvernehmung.

Die **Witwe des Getöteten** sagt aus, daß **ein Gefreiter König** ihrem Mann mit dem Kolben gedroht und gesagt habe, man müsse ihm, dem Piontek, gleich den Schädel einschlagen. Die Frau suchte dann zu ihrem festgenommenen Mann zu kommen. Nachdem sie aber hin und her geschickt worden war, erfuhr sie schließlich von Passanten, daß in der Normannenstraße Männer erschossen worden seien. Sie ging hin und fand dort ihren Mann mit vollständig zertrümmertem Schädel. — **Zeuge Lewald** bekundet, daß er mit Piontek vor dem Hause gestanden habe, als Ritter Feuer für seine Zigarette von diesem verlangt habe. Piontek verweigerte dies ohne beleidigende Redensarten. Ein Unteroffizier und ein Gefreiter, die nach Ritter kamen, riefen Ritter zurück und fragten was los sei. Ritter schilderte ihnen den kurzen Vorgang, worauf der Gefreite König erklärte, **dem Spartakistenhund müsse man gleich den Schädel einschlagen.** Piontek wurde darauf verhaftet.

Der **Schupowachtmeister Bachner** war Führer der Patrouille, zu der Ritter gehörte. Er sagt aus, daß die Patrouille am Amtsgericht zu der Kompagnie gestoßen sei. Piontek sei dort abgeliefert worden. Ritter mußte die Vorkommnisse schildern. Nach und nach sickerte es in der Kompagnie durch, daß Ritter Piontek ohne Grund erschossen habe und da **Ritter sich auch sonst freiwillig zu Erschießungen meldete,** erhielt er den Namen **Blutritter.** Die Verlesungen der eidlichen Aussagen des nicht zu ermittelnden **Unteroffiziers Herzog** ergibt eine schwere Belastung des Ritter. Herzog bezeichnet bestimmt Ritter als denjenigen, der den tödlichen Kopfschuß abgegeben habe. Piontek habe um sein Leben gebettelt, Ritter habe jedoch weiter geschossen. **Der Zeuge Bue, ehemals Kompagnieführer und jetzt Strafanstaltssekretär, kann sich auf solche Kleinigkeiten, wie die Erschießung eines unschuldigen Arbeiters, nicht mehr entsinnen.** Erst durch Gegenüberstellung des Zeugen Bachner dämmert dem Hauptmann langsam, daß Ritter damals mit ihm gesprochen habe. Die weiteren Zeugenaussagen bringen lediglich Bestätigungen der bisherigen und keine neuen Gesichtspunkte. **Die Vorgesetzten des Ritter bezeichnen diesen als besonders treuen, ehrlichen und gutmütigen Menschen.**

Plädoyers, Wahrspruch und Urteil.

Der Staatsanwalt ließ in seiner Anklagerede die Anklage auf gemeinschaftlichen Mord fallen. Nach längeren Ausführungen, in denen er die Tat als einen **gemeinen Meuchelmord** bezeichnete, vertrat er die Auffassung, daß **Ritter sich des versuchten Mordes schuldig gemacht** habe. Wendler habe sich von seinem Gefühl hinreißen lassen, bei ihm müsse die Frage nach Totschlag bejaht, jedoch die Frage nach mildernden Umständen verneint werden.

Die beiden Rechtsanwälte plädierten für Freispruch und bezogen sich wiederholt auf den Noskeerlaß. Die Angeklagten seien tüchtige und gutmütige Soldaten gewesen. Jeder tüchtige Soldat könne einmal über die Schnur schlagen.

Nach eineinhalbstündiger Beratung beantworteten die Geschworenen bei dem Angeklagten Ritter die Schuldfrage auf versuchten Totschlag und rechtswidrigen Waffengebrauch unter Gewährung mildernder Umstände. Für den Angeklagten Wendler verneinten die Geschworenen sämtliche Schuldfragen.

Mit kurzer Begründung forderte der Staatsanwalt für den Angeklagten Ritter das höchstzulässige Strafmaß von 4 Jahren 6 Monaten Gefängnis, unter Anrechnung der Untersuchungshaft. Nach kurzer Beratung verurteilte das Gericht den Angeklagten Ritter zu 3 Jahren Gefängnis. 9 Monate werden durch die Untersuchungshaft als verbüßt erachtet.

Wahrlich! Gute Zeiten für Arbeitermörder!

Der Brand der Sarotti-Werke. Nach den neuesten Ermittlungen über die Brandkatastrophe in dem Sarotti-Werke hat sich, wie Branddirektor Reichel mitteilt, ergeben, daß, entgegen anderslautenden Nachrichten, die um 11 Uhr 5 Minuten bei der Berliner Feuerwehr eingelaufene Meldung, die Hauptgefahr sei beseitigt, nicht von der Tempelhofer Wehr abgegeben worden ist. Hiernach werden auch alle an diesen Vorgang geknüpften, die Tempelhofer Wehr betreffenden Schlußfolgerungen hinfällig.

Schupoversammlung. Am Mittwoch, den 1. Februar, nachmittags 5 Uhr, findet in der Bockbrauerei, Fidicinstr. 2—3, eine große öffentliche Versammlung der Polizeibeamten statt, in der die Schutzpolizei gegen den am 18. 1. 22 in der Tageszeitung „Der Tag" erschienenen Artikel „Der Schuposkandal" Stellung nehmen wird.

Gewerkschaftliches

Ortsvorstandswahl bei den graphischen Hilfsarbeitern

Die graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen nahmen in der Mitgliederversammlung am 29. Januar 1922 in der Lindenbrauerei zu dem neuen Lohnabkommen und der Wahl des Vorstandes Stellung. Genosse Grohmann widmete der verstorbenen Genossin Zietz einen warmen Nachruf. Die Versammlung ehrte die Verstorbenen durch Erheben von den Plätzen. Eine vom Genossen Schäfer eingebrachte Sympathiekundgebung, für die politisch Inhaftierten Rußlands, fand gegen einzelne Stimmen Annahme.

Der Vorsitzende Gloth gab dann Bericht über das in Leipzig verhandelte Lohnabkommen. An Zulagen wurden für die Gehilfen 60.—, 50.— und 40.— Mark bewilligt. Die Hilfsarbeiter erhalten davon die tariflich festgesetzten Prozente. Der von den Verbandsvertretern gestellte Antrag auf Gleichstellung der Zulagen der Gehilfen (resp. Erhöhung der Prozentsätze), wurde von den Unternehmern abgelehnt. Für Berlin wurde aber zugestanden, örtliche Vereinbarungen über einen Ausgleich der Anlegerinnenlöhne zu treffen. Wenn diese Abmachungen auch nicht befriedigten, so sei aber zu bemerken, daß es tagelanger Verhandlungen bedurfte, um den Widerstand der Unternehmer zu brechen, die in der ersten Staffel über 40.— Mark nicht hinaus wollten.

In der Diskussion wurde der Abschluß von allen Rednern als völlig unbefriedigend kritisiert. Bei der Wahl der unbesoldeten Vorstandsmitglieder entbrannte dann der übliche Kampf zwischen den Anhängern Moskaus und Amsterdam. Sachliches Material gegen die Tätigkeit des alten Vorstandes konnte von den kommunistischen Freunden nicht vorgetragen werden. Dafür mußte aber ein im Vormonat ausgegebener Fragebogen herhalten, um gegen den Vorstand Stimmung zu machen. Sonderbarerweise sprachen sich alle kommunistisch-orientierten Redner für eine politische Neutralität in der Gewerkschaftsfrage aus und präsentierten dann eine Liste, die mit einzelnen Ausnahmen nur Kommunisten vorsah! Die Kandidaten dieser Liste versuchten mit allen Mitteln, die Wahl in der Versammlung durchzudrücken. Da ein schriftlich eingebrachter Antrag auf Neuwahl der Angestellten vorlag, stellte Genosse W. Grohmann den Antrag, **die gesamte Ortsverwaltung durch Urabstimmung neu zu wählen.** Die Abstimmung hierüber ergab eine knappe Mehrheit für diesen Antrag, jedoch wurde das Abstimmungsresultat von den Kommunisten angezweifelt. Da eine Auszählung bei der überfüllten Versammlung nicht möglich war, stimmten schließlich auch die Kommunisten der Urabstimmung zu. Eine neu einzuberufene Versammlung wird sich mit der Aufstellung der Kandidaten beschäftigen.

Arbeitsniederlegung im Stettiner Elektrizitätswerk

Nach einer Meldung des W. T. B. ist gestern im städtischen Elektrizitätswerk die Arbeit niedergelegt worden. Das Werk, das die ganze Ueberlandzentrale mit elektrischem Strom versorgt und auch über die halbe Provinz Pommern verbreitet ist, wird nunmehr von der technischen Nothilfe aufrechterhalten. Weitere Einzelheiten waren bis Redaktionsschluß nicht bekannt.

Aussperrung bei Scherl

Wie uns mitgeteilt wird, ist die technische Belegschaft der Firma August Scherl „Deutsche Adreßbuchgesellschaft m. b. H." am 31. Januar ausgesperrt worden. Von der Belegschaft wurde an die Firma die Forderung gestellt, die Verhandlungszeit, die zwischen Festsetzung des Akkordpreises und Eintritt in die betreffende Arbeit lag, nach dem tariflich festgelegten Grundlohn zu bezahlen. Die Firma lehnte diese Forderung rundweg ab und sperrte die Belegschaft kurzerhand aus. Wir werden über nähere Einzelheiten noch berichten.

Streik bei der Berliner Privat-Telephongesellschaft

Die gesamte Belegschaft der Berliner Privat-Telephon-Gesellschaft steht wegen Lohnforderungen seit dem 14. Dezember im Streik. Die Firma machte nicht nur geringe Zugeständnisse, sondern versuchte auch, der Belegschaft Verschlechterungen aufzudrängen. Eine Versammlung der Streikenden, die am 30. Dezember stattfand, lehnte einstimmig diese Zumutung ab und erklärte, die Arbeit nicht eher aufzunehmen, bis die aufgestellten Forderungen bewilligt sind.

Die gesamten Kollegen der Branche werden aufgefordert, keine Streikarbeit zu verrichten.

USPD.-Musikinstrumentenarbeiter

Am Donnerstag, den 2. Februar, abends 7 Uhr, im Reichenberger Hof, Reichenberger Str. 147, wichtige Versammlung aller im Holzarbeiterverband organisierten U. S. P. D.-Genossen. Partei- und Gewerkschaftsausweis legitimieren.

U. S. P. D.-Werbeausschuß.

Eine überflüssige Gewerkschaftsgründung

Wie uns die sogenannte Gewerkschaft deutscher Verwaltungssekretäre und Anwälte Berlin mitteilt, fand am Sonntag ein von dieser Organisation einberufener außerordentlicher Bundestag in Berlin statt. Vertreten waren die Beamten des sogenannten Kanzlei- und einfacheren Bureaudienstes fast aller Verwaltungen des Reiches und der Länder. Zur besseren Vertretung der Interessen dieser Beamten wurde beschlossen, eine eigene Gewerkschaft zu gründen und sich dem Gesamtverband deutscher Beamten und Staatsangestellten, dem Christlichen Gewerkschaftsbund anzuschließen. Die Tagung legte entschiedene Verwahrung ein gegen die Auseinanderziehung der Gehaltssätze der höheren Beamtengruppen. Der Teuerungszuschlag sei für die unteren Beamten zu gering. Es soll gefordert werden, daß die Grundgehälter dieser Beamtenschicht unverzüglich erhöht werden sollen und die jetzige Besoldungsordnung sozialer auszugestalten.

Die Krise in der jetzigen Eisenbahnerbewegung zeigt zur Genüge, welche Folgen durch die gewerkschaftliche Zersplitterung heraufbeschworen werden und welche üble Rolle gerade die Christen dabei spielten. Durch diese neue Gründung wird dieser ungesunde Zustand nur verlängert und die Ohnmacht der Beamtenschaft in wirtschaftlichen Fragen zu einem Dauerzustand verurteilt.

U. S. P.-Buchdrucker! Die Mitglieder des Aktions-Ausschusses der Opposition treffen sich eine Stunde vor der Generalversammlung im Restaurant der „Concordia-Festsäle" gegenüber dem Versammlungslokal.

Konditoreipersonal. Die Arbeitgeber versenden ein Rundschreiben, worin der Vergleich über die ab 1. Januar 1922 zu zahlenden Löhne enthalten ist. Darin erklären sie, daß das Bedienungspersonal das Bedienungsgeld aufschlagen soll. Diese Fassung ist falsch. Ueber diese Frage ist noch nicht verhandelt und nach den bestehenden tariflichen Bestimmungen ist das Bedienungsgeld einzukalkulieren. **Zentralverband der Bäcker, Konditoren und verw. Berufsgenossen Deutschlands.**

Alle Maschinisten und Heizer in den Holzbetrieben werden ersucht, Freitag, den 3. Februar, abends 6 Uhr, nach dem Lokal von Hummel, Berlin, Sophienstraße 5, zu kommen. Wir bitten die Betriebsräte der Holzbetriebe, die Maschinisten und Heizer auf diese Zusammenkunft aufmerksam zu machen. Die Ortsverwaltung.

Auto-Reparaturbetriebe. Donnerstag, den 2. Februar, abends 7 Uhr, im Lokal von Poweleit, Jostystr. 7, wichtige Funktionärsitzung der Auto-Reparaturbetriebe. Jeder Betrieb muß einen Vertreter entsenden.

Betriebssperre. Der Deutsche Sattler-, Tapezierer- und Portefeuillerverband, Ortsverwaltung Berlin, teilt mit: Nachdem, laut Beschluß der Versammlung vom Sonnabend, den Streik zu unterbrechen, am Montag in allen Betrieben der Portefeuillerindustrie die Arbeit wieder aufgenommen wurde, glaubt die Firma Rudolf und Rudolf, Leipziger Straße 75-76, den dort beschäftigten Arbeitern, die Arbeitsaufnahme verwehren zu können. Die Firma begründet das damit, daß sie den Arbeitern während des Streiks die Entlassung zugesandt habe und ihren Betrieb umstellen wolle. Ueber den Betrieb ist hiermit die Sperre verhängt und bitten wir, Arbeit dort nicht anzunehmen. Die Kollegen in den Betrieben ersuchen wir, Arbeiten für diese Firma nicht zu machen, da dieses Streikarbeit ist.

Zur Durchführung des Achtstundentages in Deutschland. Zu dem in Nr. 5 des Gewerkschaftlichen Nachrichtendienstes veröffentlichten Bericht über eine Umfrage des ADGB. wegen der Durchführung des Achtstundentages in Deutschland, den wir auszugsweise wiedergaben, schreibt der Vorstand des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands uns berichtigend und ergänzend, daß in Berlin und Leipzig für ungefähr 19 500 seiner Berufsangehörigen die 46stündige Arbeitszeit tariflich festgelegt ist, während für weitere 67 000 durch den Reichstarif die 48stündige Arbeitszeit vereinbart wurde. Sonst gilt für das ganze Gewerbe mit seinen 110 000 Angehörigen im allgemeinen die 48stündige Arbeitszeit.

17. Verwaltungsbezirk (Lichtenberg). Alle arbeitslosen Gewerkschaftsmitglieder werden ersucht, sich vollzählig an der am Donnerstag, vormittags 10 Uhr, stattfindenden Arbeitslosenversammlung bei Schonert (Rummelsburger See) zu beteiligen.

Bevorzugung organisierter Arbeiter bei der Einstellung in Australien. Eine wichtige Neuerung erscheint in manchen Entscheidungen der Lohnämter, die im August im Staate Queensland ergingen. Sie enthalten nämlich die Bestimmung, daß bei der Einstellung Mitglieder der an den Verhandlungen beteiligten Gewerkschaften zu bevorzugen sind. Die Anerkennung dieses Grundsatzes sicherten die Gewerkschaften durch den Nachweis, daß er einem harmonischen Zusammenarbeiten in den betreffenden Gewerben sehr förderlich sei. Die Formulierung dieser Bestimmung geschah z. B. in folgender Weise: § 14. Bei der Einstellung oder Wiedereinstellung von nicht nur als Gelegenheitsarbeitern Beschäftigten hat der Arbeitgeber die Bedingung zu stellen, daß der neu oder wieder Einzustellende zahlendes Mitglied des Australischen Arbeiterverbandes wird, wenn er dies nicht schon ist. Vorausgesetzt wird jedoch, daß der Arbeitgeber im Streitfalle das Recht hat, nach vorheriger Mitteilung an den Sekretär der Gewerkschaft, beim Lohnamte den Antrag auf gänzliche oder teilweise Aufhebung dieser Vorzugsbestimmung zu stellen. Auf solchen Antrag hin kann das Lohnamt diese Bestimmung abändern oder aufheben. Auf ehemalige Soldaten findet sie keine Anwendung.

Arbeitersport

Arbeiter-Samariter-Kolonne Berlin e. V. Um die Arbeiter- und Angestelltenschaft Gelegenheit zu geben, ihr Wissen in der ersten Hilfe zu erweitern, damit sie ihre Mitarbeiter bei Bränden oder sonstigen Unglücksfällen sachgemäß die erste Hilfe leisten können, veranstaltet die Kolonne nach Beendigung der nach laufenden Kurse in den verschiedenen Stadtteilen Berlins und Vororten neue Lehrkurse unter ärztlicher Leitung. Die Kurse umfassen 15 bis 20 Doppelstunden und kostet der ganze Lehrgang 10 M. Auskunft erteilt die Geschäftsstelle W 57, Dennewitzstr. 8. Die Kurse gliedern sich in zwei Teile und sind mit praktischen Uebungen verbunden.

1. Beschreibung des menschlichen Körpers. A. Anatomie (Lehre vom Bau des menschlichen Körpers). B. Physiologie (Lehre von den Verrichtungen des menschlichen Körpers). 2. Samaritertätigkeit. Blutige und unblutige Verletzungen, Erkrankungen und Krankenbeförderung. Lehrkurse: 1. Steglitz, Lichterfelde und Zehlendorf, Steglitz, Gymnasium Heesestraße. Beginn Dienstag, 31. Februar. 2. Wilmersdorf, Friedenau, Wilmersdorf, Schule Meinanische Straße, Ecke Wormser Straße. Beginn Donnerstag, 16. Februar. 3. Halleshes Tor, Schule Bergmannstraße. Beginn Donnerstag, 9. Februar. 4. Norden (Wedding), Schule Pernauer Straße. Beginn Donnerstag, 2. Februar. 5. Berlin-Mitte, Gymnasium Elisabethstraße. Beginn Donnerstag, 7. Februar. 6. Hermsdorf, Schule Roonstraße. Kursus bereits begonnen. 7. Weißensee, Schule Rölkestraße, Ecke Sternstraße. Beginn Donnerstag, 16. Februar. 8. Lichtenberg. Wird noch bekanntgegeben. Die Lehrabende beginnen pünktlich abends 7 Uhr. Anmeldungen werden an den Kursusabenden entgegengenommen. Nach Beendigung findet eine Prüfung statt. Bei bestandener Prüfung kann ein Zeugnis gegeben werden. Die mehr als 30jährige Tätigkeit der Kolonne bürgt für eine gute Ausbildung.

Parteiveranstaltungen

Bezirksverband Berlin-Brandenburg

Für die am Sonntag, 5. Februar, vormittags 10½ Uhr, im Berliner Stadthause, Klosterstraße, stattfindende Trauerfeier anläßlich des Todes der Genossin Luise Zietz und Ueberführung der Urne nach Friedrichsfelde, wird ein Aufstellungsplan noch veröffentlicht. Auswärtige Delegationen und Kranzdeputationen erhalten Einlaßkarten für die Stadthalle auf Anordnung vom Bureau des Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg, Berlin, Breite Str. 8-9, zugesandt. Für die Einäscherung am Donnerstag sind Karten nicht mehr vorhanden.

*

Heute Mittwoch, abends 7 Uhr, findet die Zentral-Vorstandssitzung im Verbandsbureau, Breite Str. 8-9, statt. Die Geschäftsleitung.

Sozialistische Proletarier-Jugend. Der Funktionärkursus des Genossen Segatz findet heute Mittwoch, abends 7½ Uhr, in der Bibliothek statt.

15. Bezirk. Arbeitslose Genossen, die auf Gratislieferung der „Freiheit" reflektieren, müssen sich beim Kassierer, Genossen G. Wolf, Höchststr. 42 III, melden.

Lichtenberg-Stadt und -Land. Die Funktionärversammlung findet nicht Mittwoch, sondern Donnerstag, 8 Uhr, bei Seipke, statt.

Mittwoch, 1. Februar

13. Verwaltungsbezirk (Tempelhof, Mariendorf). Abends 8 Uhr sehr wichtige Bezirksverordneten-Sitzung in Tempelhof, Germaniastraße (Museum).

Charlottenburg. 7 Uhr wichtige Besprechung der Frauen-Arbeitskommission bei Grützner, Lützowstr. 8.

Donnerstag, 2. Februar

4. Verwaltungsbezirk. 11., 12., 13., 14. Distrikt. Die Uebungsstunden des Jugendchors fallen aus wegen der Einäscherung der Genossin Zietz.

13. Verwaltungsbezirk (Abteilung Niederschönhausen). Abends 7½ Uhr Mitgliederversammlung in dem Gesangssaal des Konsumvereins Buchholzer Str. 3.

8. Distrikt. Bildungskommission. 7 Uhr Sitzung in der Schule Tegeler Straße (Physikzimmer).

12. und 13. Distrikt. Abends 8 Uhr Sitzung der Ordner der Proletarischen Feierstunden bei Klingel, Danckelstr. 85. Einteilung zum Innendienst am Sonntag im Stadthaus.

Vereinskalender

Mittwoch, 1. Februar

Zentralverband der Schuhmacher (Friedrichsfelde, Maßbranche). Vorm. 9 Uhr Streikversammlung im Saal 1 des Gewerkschaftshauses, Engelufer 24-25.

Donnerstag, 2. Februar

Zentralverband der Schuhmacher. Abends 6½ Uhr Generalversammlung im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Engelufer 24-25. Wahlen zur Ortsverwaltung. Ohne Mitgliedskarte oder -buch keinen Zutritt.

Bund der technischen Angestellten und Beamten, Ortsverwaltung Steglitz. Abends 8 Uhr Mitgliederversammlung im Restaurant Zum Althoff. Vorstandswahl.

Internationaler Bund der Kriegsopfer, Ortsgruppe Süden. Abends 7½ Uhr Versammlung im Dresdener Garten, Dresdener Str. 45.

Freitag, 3. Februar

Zentralverband der Angestellten, Damenwäsche und Schürzen. Abends 5½ Uhr Mitgliederversammlung in den Sophiensälen, Sophienstr. 17-18. — Expedition. Abends 7½ Uhr Mitgliederversammlung in der Neuen Philharmonie, Köpenicker Straße 96-97.

Deutscher Werkmeisterverband, Berlin 11. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung mit Lichtbildervortrag im Vereinslokal, Frankfurter Allee 313. Gäste willkommen.

Geschäftliches

In jedem Haushalt sollte die seit über 100 Jahren bewährte Sanitätsrat Dr. Struhls Hausalbe vertreten sein, denn dieser bekannte Salbencreme hilft nicht allein kleine Wunden, wie solche im täglichen Leben leicht entstehen, sondern auch komplizierte Hautleiden, wie Ausschläge, Flechten, Brandwunden und besonders die sogenannten offenen Beinwunden und Krampfadern, wie man sie bei Frauen nicht allzu selten findet. Hergestellt wird Sanitätsrat Dr. Struhls Hausalbe in der Elefanten-Apotheke, Berlin SW 19, Leipziger Str. 74, am Dönhoffplatz.

Deutscher Reichstag

Dienstag, 31. Januar.

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung 1 Uhr 15 Minuten.

Kleine Anfragen

Abg. **Löwenstein** (US.) fragt: **Was hat die Reichsregierung getan, um den Reichstagsbeschluß zu erfüllen, nach dem Einrichtungen geschaffen werden sollen, nach denen das Berechtigungswesen der öffentlichen Schulen einheitlich dahin zu gestalten ist, daß der Erwerb dieser Berechtigung auch denen ermöglicht wird, die in einem freien Bildungsgange das Lehrziel der betreffenden öffentlichen Schulen erreicht haben. Die Einstellung in den öffentlichen Dienst darf nicht von dem Besuch einer bestimmten Schule abhängig gemacht werden.**

Frau Ministerialrat **Dr. Bäumer:** Die Reichsregierung ist in Verhandlungen mit den Ländern eingetreten. Die einjährige Berechtigungsprüfung soll abgelegt werden, aber es soll eine Art Mittelreife zur Grundlage im Sinne des Antrags gefunden werden. Es ist ferner das Reichsministerium des Innern in Verbindung getreten mit den übrigen Reichsbehörden, um im öffentlichen Dienst entsprechend dem Antrage Regeln und Ordnung zu finden. Die Gesamtfrage kann erst im Zusammenhang mit dem allgemeinen Reichsschulgesetz erledigt werden.

Abg. **Wunderlich** (Dtn.): Nach Auflösung des sächsischen Vereins „Die Brüder vom Stein" hat auf Grund einer Verordnung des Ministers Lipinski die Kreishauptmannschaft Leipzig die Auflösung als unbegründet und unzutreffend erklärt. Daraufhin hat der Minister Lipinski bestimmt, daß die Entscheidung der Kreishauptmannschaft bis zur Entscheidung des Gerichts oder der Staatsanwaltschaft zurückzustellen sei. Damit hat der Minister Lipinski in ein schwebendes Verwaltungsgerichtsverfahren eingegriffen. Ist die Reichsregierung bereit, die dadurch verletzte Verwaltungsrechtspflege zu schützen?

Ministerialdirektor **Dr Brecht: Es trifft nicht zu**, daß die Maßnahme des sächsischen Ministeriums des Innern in ein schwebendes Verwaltungsgerichtsverfahren eingegriffen hat. Es ist kein Gerichtsverfahren. **Der sächsische Minister des Innern hat das Recht, Anordnungen in Verwaltungsangelegenheiten zu treffen.** Es liegt für die Reichsregierung kein Anlaß vor, bei der sächsischen Regierung Vorstellungen deswegen zu erheben.

Fortsetzung der Haushaltsberatung

Abg. **Dietrich-Baden** (Dem.): Eine Erfüllung des Friedensvertrags ohne Aenderung der Deutschland auferlegten Lasten ist ein Ding der Unmöglichkeit. Aber das zu lösende Problem ist auch nicht, an Steuern das Menschenunmögliche herauszuholen, sondern die Produktion muß gesteigert werden. Das gilt besonders für die Landwirtschaft. **Die Landwirtschaft hat keine schlechten Geschäfte gemacht**, das muß man zugeben. Aber sie hat das Geld in Maschinen angelegt. Das kommt wieder der städtischen Bevölkerung zugute. Hinsichtlich des Eisenbahnbetriebes bemerke ich: Wir wissen wohl, daß es den Beamten schlecht geht, aber sie sollen bedenken, daß sie Beamte sind, daß der Staat sie lebenslänglich beschäftigt und ihnen Pension gewährt. **Da kann es kein Streikrecht geben. Streikrecht gebührt den Privatangestellten.** Wenn die Beamten ein solches Verhältnis wollen, dann sollen auch sie ein Streikrecht haben. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. **Erkelenz** (Ztr.): Für notwendig halte ich es, daß wir so rasch wie möglich zu einer Trennung der Steuerrechte zwischen Ländern und Reich kommen. Die Gemeinden müssen sich übrigens ebenso sehr nach der Decke strecken, wie wir hier im Reichstag. Die Art und Weise, wie in den letzten Monaten von Beamtenorganisationen gegen die Allgemeinheit vorgegangen ist, verurteilen wir auf das Entschiedenste. (Sehr richtig! bei den Dem.) Gegenüber dem Ultimatum der Eisenbahner-Gewerkschaft sage ich: Regierung bleibe hart! (Hört! Hört! links.) **Das Vorgehen der Eisenbahner ist ein Akt des Verbrechens gegen das deutsche Volk.**

Abg. Henke (USP.):

Der Vorredner hat von einem Ultimatum der Beamtengewerkschaft gesprochen und gemeint, es sei ein gegen das Volk gerichtetes Ultimatum. Das ist falsch. Die Eisenbahner werden bei weiten Kreisen des Volkes Verständnis und Unterstützung finden. Auch der Abg. Dietrich hat, wie der Vorredner, den Beamten das Streikrecht abgesprochen. Nach ihnen dürfen also die Beamten sich koalieren, aber von dem Streikrecht nicht Gebrauch machen, das geht selbst gegen bürgerliche Begriffe, die vor dem Kriege von prominenter Seite, z. B. von Max Weber, vertreten worden sind. **Dieser hat das Streikrecht der Beamten geradezu gefeiert.** Und da kommt sogar ein Arbeitervertreter des Zentrums und will den Beamten das Streikrecht streitig machen. Das ist charakteristisch. Wir können sehr gut verstehen, was der Vorredner meinte, daß es hoffentlich gelingen werde, die Arbeiter und Unternehmer einander näher zu bringen auf dem Boden der Arbeit. Es wird nicht lange dauern, dann wird man auch den Arbeitern in der Industrie, bald dieser, bald jener Gruppe, zurufen: Ja, Ihr dürft Euch koalieren, **aber Ihr müßt auch mit den Unternehmern schiedlich und friedlich Verständigung suchen.** Es ist selbstverständlich, daß das Wirtschaftsleben in Deutschland durch Streiks getroffen wird, besonders durch einen Streik der Eisenbahner, der Postbeamten sogar bedroht werden kann. Aber man muß doch den Beamten zugestehen, daß sie vor dem Kriege miserabel entlohnt worden sind. Vor dem Kriege war es auch möglich, den Beamten das Streikrecht auf allen Gebieten streitig zu machen. Das ist jetzt anders. Auch bei den Beamten hat sich der Gedanke festgesetzt,

das Streikrecht zu gebrauchen.

Das müssen wir unterstützen. Wir wollen selbstverständlich keine leichtfertigen Streiks heraufbeschworen wissen. Aber gerade die Bekämpfung des Streikrechts, wie sie vom Reichsverkehrsminister diesem General von ehegestern, beliebt wurde, führt dazu.

Der Reichsfinanzminister Hermes hat darauf hingewiesen, daß die deutschen Lohn- und Gehaltsempfänger weit mehr besteuert sind, als in anderen Ländern. Die Regierung hat aber nicht die richtige Konsequenz daraus gezogen. (Sehr richtig! links.) Es ist eine Ungeheuerlichkeit sondergleichen, daß diese schon durch direkte Steuern so schwer belasteten Gehalts- und Lohnempfänger nun auch noch durch indirekte Steuern vollends niedergedrückt werden sollen. Es ist doch so, daß zwei Drittel der indirekten Steuern aufgebracht werden von den Lohn- und Gehaltsempfängern. Falsch ist es, daß die Entente die Forderung an Deutschland gestellt hat, die Verbrauchssteuern zu erhöhen, wie das hier verschiedentlich betont worden ist. Ich habe darauf schon in der Nationalversammlung hingewiesen, daß diese Bestimmungen nicht so ausgelegt werden können. Die Denkschrift, die der Finanzminister dem Steuerausschuß vorgelegt hat, weist deutlich nach, **daß der deutsche Arbeiter viel geringer entlohnt wird, wie der französische und englische Arbeiter.** Trotzdem belastet man die deutschen Arbeiter in der unverschämtesten Weise, viel stärker als in anderen Ländern.

Wie anders wird die Landwirtschaft behandelt!

Die Besteuerung nach dem gemeinen Wert wurde wieder aus dem Gesetz ausgemerzt und die Besteuerung nach dem Ertragswert eingeführt. Wir haben gehört von dem „großen Hilfswerk" der deutschen Landwirtschaft. Der Reichslandbund hat Folgerungen daran geknüpft, die einer Drohung gleichkommen, indem er sagte, dem Sinne nach, wenn der Landwirtschaft nicht die völlige freie Wirtschaft zugestanden wird, wird sie gezwungen sein, zur extensiven Wirtschaft überzugehen. Deutsch gesprochen heißt das, **dann wird sie streiken.** Von der Kreditaktion in der Industrie ist es sehr still geworden. Sie hat sich mehr und mehr als Schwindel erwiesen. Man wollte die Erfassung der Sachwerte abwenden. Die Kreditaktion war ein Manöver, die Reichsbetriebe unter die Kontrolle der Industrie zu bringen. Es sind Bestrebungen im Gange

den Achtstundentag zu durchbrechen,

die Arbeitszeit zu verlängern. Man will nicht, daß die Arbeiter über freie Zeit verfügen, daß sie ihre Lebensverhältnisse und damit auch ihren Kampfzustand verbessern. (Sehr richtig!) Aber die Arbeiter müssen und werden dagegen anzukämpfen wissen. Im Klassenkampfe müssen sie ihre Löhne nicht nur halten, sondern zu erhöhen suchen. Die Rechtssozialisten haben den Kampf um die Erfassung der Sachwerte aufgegeben. Die Koalition mit Bürgerlichen steht ihnen höher. Aber die Regierungsämter bedeuten nicht Machtpositionen. Wir müssen den Arbeitern sagen: Laßt euch nicht von euren Führern auf ein falsches Gleis schieben. Eine Koalition mit bürgerlichen Parteien muß zur Versumpfung des Proletariats führen. Wenn wir für das Kabinett Wirth-Bauer eingetreten sind so haben wir auch keinen Zweifel darüber gelassen, wir haben das von vornherein gesagt, **sobald das Kabinett einen Schritt nach rechts macht, werden wir es unter allen Umständen mit allen uns zu Gebote stehenden Kräften bekämpfen.** Wenn in der rechtssozialistischen Presse geschrieben wird, vor den Arbeitern rechneten wir den Rechtssozialisten die Koalitionspolitik übel an, hinter den Kulissen hießen wir sie jedoch gut, so entspricht das durchaus nicht den Tatsachen. Das Koalitionskabinett Wirth hat in der inneren Politik vollständig versagt. Herr Wirth, der früher einmal gesagt hat, daß er sich in einer gewissen Situation auf die Seite des Proletariats stellen würde, hat sich jetzt auf die Seite der Bourgeoisie geschlagen. Durch diesen Stellungswechsel hat er sehr an Vertrauen bei den Arbeitern eingebüßt. (Sehr richtig!) Die Rechtssozialisten sind der Forderung auf Erfassung der Sachwerte untreu geworden. Die rechtssozialistischen Arbeiter, auch die Gewerkschaften sind ihm treu geblieben, wenn auch ein Teil der rechtssozialistischen Gewerkschaftsführer genau wie die rechtssozialistischen Parlamentarier, sie preisgegeben haben. Der Reichskanzler hat erklärt, gegen die Kapital- und Steuerflucht sei geschehen, was geschehen konnte.

Aber die Kapitalflucht blüht wie je zuvor.

(Sehr richtig!) Und wenn einmal von irgendeinem Finanzamt ein Steuerhinterzieher an den Pranger gestellt wird, werden die betreffenden Beamten, denen das zu danken ist, „versetzt", wie das kürzlich in Salzwedel geschah.

Wenn Herr Hermes von Sparsamkeit redet, so denkt er dabei an den Abbau der sozialen Tätigkeit des Reichs. Herr Hermes hat auch von der moralischen Wirkung der Erwerbslosenversicherung gesprochen. Er sagt damit, daß die Erwerbslosen unberechtigterweise Unterstützung beziehen. Wenn Herr Hermes solche Behauptungen aufstellt, muß er sie auch beweisen. Heraus mit den Beweisen! (Beifall.) Mit den Ausführungen über den Abbau der Zuschüsse zur Niederhaltung der Lebensmittelpreise gibt er nur den grenzenlosen Mangel an sozialem Verständnis Ausdruck und zugleich einer großen Liebedienerei gegen die Agrarier. **Die Lebensmittelzuschüsse stellen eine Lohnzulage dar. Indem man sie den Arbeitern nimmt, kürzt man ihnen den Lohn.** Deshalb wäre es notwendig gewesen, den Weg zu zeigen, wie man dieser Kürzung begegnen will. In Deutschösterreich ist der Beweis geliefert worden, wie, wenn die Entente verlangt, daß die Lebensmittelzuschüsse aufhören, die Arbeiter und Angestellten und sonstigen Personen, die ein geringes Einkommen haben, vor neuen Lasten geschützt werden. In Oesterreich ist einfach den Unternehmern der Zwang auferlegt worden, die Lohnzuschüsse zu zahlen, die den Arbeitern durch die Aufhebung der Lebensmittelzuschüsse entzogen waren. Das sollte man in Deutschland auch tun.

Aber auf ein diesbezügliches Schreiben an den Reichsfinanzminister haben wir nicht einmal eine Antwort bekommen.

(Hört! Hört!) Das ist auch kein Umstand, der das Vertrauen der Arbeiter zur Regierung stärken könnte.

Herr Scheidemann hat gestern hier gegen die Nationalisten gewettert. Was er gesagt hat, unterstreichen wir doppelt und dreifach. Aber er hat manches vergessen. Er hat vergessen, daß er und seine Freunde mitschuldig sind an dem, was er den Nationalisten vorhielt. Der Achtstundentag wird von verschiedenen sozialdemokratischen Anhängern bereits preisgegeben. Da mag Herr Scheidemann sich begraben lassen. Herr Scheidemann hat **sich auch über das alte Siegel im Ministerium des Auswärtigen** beschwert. Aber war Herr Scheidemann nicht Reichskanzler, waren Herr Müller und Herr Bauer nicht Reichskanzler? Waren Herr Müller und Herr Köster nicht Minister des Auswärtigen? Warum haben sie es nicht beseitigt? Herr Scheidemann hat sich über die Justiz beklagt. Er hat Amnestie verlangt. **Wieviel Arbeiter sind unter rechtssozialistischem Regime verfolgt und bestraft und eingekerkert worden, für deren Amnestie jetzt Herr Scheidemann großmütig auftritt?** Wir haben die Ausnahmegerichte beseitigen wollen. Die Rechtssozialisten sind für die Beibehaltung eingetreten. (Zuruf: Ebert hat sie eingesetzt!)

Die Klassenjustiz wird bestehen, solange der Klassenstaat besteht.

Wir warnen vor einer Auslieferung der beiden Spanier, die an der Ermordung des spanischen Ministerpräsidenten Dato beteiligt sein sollen. Wenn wir im wilhelminischen Deutschland uns gegen solche Auslieferungen wandten, so müssen wir das doppelt tun in einer demokratischen Republik. Die Reichswehr soll der Republik dienen, und dabei feiert in Lübben eine Abteilung Reichswehr drei Tage lang Kaisers Geburtstag! Wir müssen der Not der Sozialrentner gedenken, wir müssen ihnen durch eine einheitliche Gestaltung der Sozialhilfe helfen. Unsere Kinder verkommen körperlich und seelisch. Kein Wunder, daß die Reihen der Verbrecher und Prostituierten wieder größer werden! Zu dem Beamtenstreik betone ich nochmals, **daß die Arbeiter sowohl wie die Beamten das Recht haben, zu streiken.** Die Arbeiter müssen auf ihre eigene Kraft vertrauen; wenn sie die rechte Erkenntnis gewonnen haben von der Bedeutung ihrer Kraft, von der Bedeutung des Klassenkampfes, dann werden sie siegreich weiter schreiten auf dem Wege zur Erringung des Sozialismus. (Lebhafter Beifall bei der U. S. P.)

Abg. **Emminger** (B. Vp.): Wir bedauern, daß es nicht möglich war, mehr für die Kleinrentner zu bewilligen. Selbst mit den neuen Steuern und der Zwangsanleihe, die einen großen Eingriff in die Substanz des Vermögens bedeuten, ist es nicht möglich, den Etat in Ordnung zu bringen. Wir fordern größte Sparsamkeit in den Reichsbetrieben. Die Regierung muß endlich hart bleiben gegenüber den Eisenbahnbeamten. Das Beamtenrecht ist nicht vereinbar mit dem Streikrecht.

Reichsfinanzminister **Hermes:** Ich bin nicht in der Lage, erschöpfend auf die Aussprache zurückzukommen. Das wird in der Einzelberatung möglich sein. Ich möchte nur zur Aufklärung noch einmal die Ziffern über den Abbau der Lebensmittelzuschüsse mitteilen: Ich hatte erwähnt, daß in den Etat für 1921 rund 22 Milliarden für Zuschüsse für Lebensmittelverbilligung eingestellt seien. Für das Rechnungsjahr 1922 würde es sich nur noch um eine Milliarde handeln. Im Jahre 1921 waren für die Verbilligung von Lebensmitteln und Futtermitteln 18.7 Milliarden angefordert, hinzu kamen 3.8 Milliarden für die Lebensmittelreserven. Für das Jahr 1922 kommt nur noch eine Milliarde zur Lebensmittelverbilligung in Betracht. Dieser Minderbedarf erklärt sich daraus, daß im Jahre 1921 nur anderthalb Monate hindurch der höhere Brotpreis, der sich aus dem Abbau der Brotpreiszuschüsse ergab, sich auswirkte, während er im Jahre 1922 voll zur Geltung kommt. Ich möchte hierbei die Feststellung machen, **daß die Landwirtschaft ihre Umlage bisher gut erfüllt hat und daß wir unserer Brotversorgung im kommenden Jahre in Ruhe entgegensehen können.** Der höhere Brotpreis beruht nicht auf einer Preiserhöhung des Umlagegetreides.

Die Beratung wird hierauf abgebrochen. — Abg. **Koenen** (Kom.) stellt den Antrag, auf die morgige Tagesordnung eine Erklärung der Reichsregierung zum Eisenbahnbeamtenstreik zu setzen — Hermes erklärt, daß die Regierung bereits heute im Hauptausschuß eine solche Erklärung abgegeben habe. — Bei der Abstimmung wird der Antrag Koenen abgelehnt. —

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr. Tagesordnung: Schutzgesetz für die Posener Landschaft. — Gebührenordnung für Zeugen, **Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat, Fortsetzung der Etatsberatung.**

Neugestaltung der sozialen Versicherung

Von Aug. Karsten, Peine.

I.

Die deutsche soziale Gesetzgebung ist buntscheckig, unübersichtlich und zerfahren wie kaum ein anderes Gebiet der Gesetzgebung. Die soziale Gesetzgebung beruht zum Teil auf der Grundlage der Versicherung, zum Teil ist sie ein Gebiet der Fürsorge, teilweise aber auch aus beiden Arten zusammengesetzt. Einen einheitlichen Grundsatz im Aufbau der Versicherung finden wir nicht, ebenso fehlt ein einheitliches Prinzip in der Fürsorge.

Die maßgebenden Zweige der sozialen Versicherung (Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Angestelltenversicherung) sind nur notdürftig aneinandergereiht, ohne wirkliche innere Zusammenhänge und ohne einheitliche Gestaltung der Verwaltung. Die Verwaltungen der einzelnen Zweige arbeiten unabhängig voneinander, ja oft gegeneinander, ohne dem Wesen und der Methodik durchgreifender Sozialpolitik gerecht zu werden.

Das Beitragsverfahren weist die willkürlichsten Verschiedenheiten auf. In der Krankenversicherung leistet der Versicherungspflichtige zwei Drittel und der Arbeitgeber ein Drittel der Beiträge; in der Unfallversicherung hat der Arbeitgeber die Beiträge allein zu leisten; in der Invalidenversicherung finden wir die Halblerung der Beiträge neben einen für jede laufende Rente gewährten Reichszuschuß; in der Angestelltenversicherung entfallen wiederum die Beiträge zu gleichen Teilen auf Versicherte und Arbeitgeber. Innerhalb der einzelnen Versicherungszweige sind wiederum die verschiedenartigsten Gebilde und Einrichtungen zu finden. Die Verschiedenartigkeit der Leistungen und der Beiträge der einzelnen Krankenkassen tun ihr übriges noch zur völligen Unübersichtlichkeit.

Das Gebiet der sozialen Fürsorge sieht nicht besser aus. Die Erwerbslosenfürsorge wird vom Reich, Kommunalverbänden und den Gemeinden getragen. Die Wöchnerinnenfürsorge trägt das Reich, die Armen„pflege" ist Sache der Gemeinden, Kommunalverbände und der Länder. Die Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenversorgung fließt aus der Reichskasse.

Die verschiedensten Stellen sind mit der Verwaltung der Fürsorge betraut. Die Erwerbslosen bekommen vom Arbeitsnachweis die Unterstützung, die Wöchnerinnenfürsorge regelt das Versicherungsamt und die Allgemeine Ortskrankenkasse, die Armen„pflege" untersteht der Kommunalverwaltung, in der Kriegsversorgung sind Fürsorgestellen, Versorgungs-, Hauptversorgungs- und Reichsversorgungsämter die maßgebenden Stellen. In der Erwerbslosenfürsorge wird ein Beirat aus Arbeitnehmern und Arbeitgebern von der Behörde bestimmt, der in keinerlei Zusammenhang mit der Armenkommission oder dem Vorstande der Krankenkasse steht. Auch die beiden letzteren Zweige arbeiten nicht miteinander. Die Fürsorgestellen auf Grund des Reichsversorgungsgesetzes sind wiederum von allen obengenannten getrennt. Die Aufbringung der Verwaltungskosten der Versicherungsbehörden (Versicherungsämter usw.) ist Sache der Kommunalverbände, der Länder und des Reiches. Auch die Art der Beitragserhebung ist wiederum überall verschieden.

Wie sehen nun die finanztechnischen Grundlagen in den einzelnen Versicherungszweigen aus? Auch hier von einer Einheitlichkeit keine Spur. Die Invaliden- und Angestelltenversicherung sind nach dem reinen Kapitaldeckungsverfahren aufgezogen. Die Beiträge werden so bemessen, daß sie nicht für die augenblicklichen Ausgaben für Renten berechnet sind, sondern zur Kapitalisierung der zu erwartenden Renten und der bestehenden Anwartschaften auf Rente. Das Prinzip ist allerdings in der Invalidenversicherung bereits sehr wesentlich durchbrochen, da die Renten erhöht wurden und damit die Kapitalien, die für die jetzt laufenden Renten bestimmt waren, nicht mehr ausreichen. In der Unfallversicherung ist die reine Kapitaldeckung nicht mehr vorhanden, sondern bis zu einem gewissen Grade finden wir hier bereits das Prinzip des Umlagebeitrags (Beitragshöhe nach den laufenden Ausgaben berechnet). Die Krankenkassen sollen die Beiträge festsetzen nach den voraussichtlichen Leistungsverpflichtungen unter Berücksichtigung der Ansammlung eines angemessenen Reservefonds.

So herrscht überall ein gräßliches Kunterbunt und der Rechtsweg durch die soziale Gesetzgebung ist vollends ein großer Irrgarten.

Nur eines ist überall gleich: Die Unzulänglichkeit der Leistungen!

Diese Unzulänglichkeit ist typisch in der ganzen deutschen Sozialpolitik, mag es die Versicherung oder die Fürsorge sein. Die so berühmt „gemachte" deutsche Sozialgesetzgebung ist vor dem Kriege bereits unzulänglich gewesen, durch die Folgen des kapitalistischen Völkermordens ist sie auf dem besten Wege zu verludern. Und die Fürsorge, hauptsächlich ein Kriegskind, entspricht keineswegs den Erfordernissen der schweren Zeit.

Besinnt sich die Gesetzgebung nicht bald darauf, andere Wege und einheitliche Grundlagen in der Sozialpolitik zu schaffen, so wird in absehbarer Zeit das Durcheinander auch für den Sozialpolitiker unentwirrbar sein, und was weit schlimmer ist, die realen Leistungen der Sozialpolitik müssen immer mehr sinken.

In einem zweiten Artikel sollen die Wege gewiesen werden, die zu einer Neugestaltung der sozialen Versicherung gegangen werden müssen.

Eindringlicher denn je wird die Notwendigkeit empfunden, Einheitlichkeit in den Leistungen, in den Beiträgen, wie auch in der Verwaltung und im Rechtswege zu schaffen. Die Differenzierung zwischen Versicherung und Fürsorge muß ebenfalls beseitigt werden. Nun ist durch die verschiedensten Zweige eine tatsächliche Erfassung der Not angeblich heute schon nach allen Seiten gegeben. Das „System" zieht sich von der Armenpflege hinauf bis zur „aristokratischen" Angestelltenversicherung. Es erfaßt Invalidität, Alter, Witwen- und Waisentum, Kriegsbeschädigung, Unfall, Krankheit, Erwerbslosigkeit usw.

In der Theorie ist also in allen Fällen Hilfe vorhanden. Und so, rein theoretisch genommen, brauchte in Deutschland kein Mensch zu hungern. Die Praxis sagt allerdings ganz etwas anderes.

Aus all den angeführten Tatsachen halte ich die Notwendigkeit einer gründlichen Umgestaltung für gegeben. Es wäre allerdings töricht, von einem kapitalistisch orientierten Staatsgebilde sozialpolitische Politik zu erwarten. Davon kann keine Rede sein. Es steht aber so, daß wir nicht auf den Sozialismus warten und alles bis dahin gehen und schleifen lassen dürfen. So sehr wir kämpfen müssen für eine baldige Verwirklichung des Sozialismus, nichts destoweniger müssen wir auch an den bestehenden Staat unsere Forderungen als Sozialpolitiker stellen.

Und da ist es möglich, alle die jetzt bestehenden sozialen Einrichtungen, ob Versicherung oder Fürsorge, in eine einheitliche Organisation zu bringen. Eine Organisation, die gleichmäßig hilft in allen Notlagen.

Eine solche Organisation müßte finanziell getragen sein von den Arbeitgebern, Arbeitnehmern, den Angehörigen der freien Berufe, den kleinen Gewerbetreibenden, Handwerkern und Landwirten und nicht zuletzt vom Reich. Zentralistisch aufgebaut für das ganze Reich und gegliedert bis hinunter in die Gemeinde, würden alle groben Unzulänglichkeiten und bösartigen Härten ausgeschaltet werden können. Die Organisation würde frei sein von allen Unzuständigkeiten, Kompetenzstreitigkeiten, Doppelunterstützungen und -versicherungen. Dies würde auch aufräumen mit den vielen verschiedenen Beitragsleistungen und Beitragsarten. Jedermann würde ohne die jetzt vorhandenen Schwierigkeiten sofort die richtige Stelle finden, wo er Hilfe verlangen kann, weil nur eine Stelle vorhanden ist. Ein einheitliches Recht wäre die notwendige Folge eines solchen Umbaues und ein einheitlicher Instanzenzwang dadurch gleichfalls gegeben. Sehr viel Verwaltungsarbeit würde durch diese Vereinheitlichung überflüssig, da heute eine Unsumme von Doppelarbeit in den verschiedenen Verwaltungen geleistet wird. Diese verschiedenen Verwaltungsapparate verschlingen heute einen großen Prozentsatz der Einnahmen, Summen, die zweckdienlicher für Unterstützung und Hilfe Verwendung finden können. Durch die verschiedenen Kommissionen, Beiräte, Vorstände, Ausschüsse, Verwaltungsräte, Direktorien usw. finden heute nur noch wenige Leute zurecht. Auch hier würde die Einheitlichkeit viel Zweckentsprechendes schaffen.

Neben der Pflichtmitgliedschaft muß die Möglichkeit des freiwilligen Beitritts gegeben werden. Die Verwaltung, nach dem Prinzip der Selbstverwaltung aufgebaut, muß zusammengesetzt werden aus den Kreisen der Interessenten. Den Behörden dürfte nur in ganz zwingenden Fällen ein Recht zum Einspruch gegeben werden.

Die Leistungen dieser Organisation sind nach dem Grundsatz durchgreifender, umfassender Hilfeleistung festzusetzen. Die Heilbehandlung ist nicht nur den Versicherten, sondern auch seinen Familienangehörigen zu garantieren, und zwar Heilbehandlung im weitgehendsten Sinne und nicht etwa begrenzt im Rahmen der jetzt bestehenden Krankenversicherung.

Die geldlichen Leistungen bei Arbeitslosigkeit und Arbeitsunfähigkeit können bei der im hohen Maße vorhandenen Verschiedenartigkeit der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse, die heute noch bestehen, ruhig lokal differenziert werden. Unter Zugrundelegung eines Existenzminimums ließe sich sehr wohl eine Staffelung durchführen.

Diese Vereinheitlichung würde erfassen die bisherigen Krankenkassenleistungen, die Unterstützung für Erwerbslose, die Renten aus der Unfall-, Invaliden- und Angestelltenversicherung, sowie die Renten aus dem Reichsversorgungsgesetz. Der Vorteil dieser einheitlichen Gestaltung der Leistungen liegt auf der Hand. Die soziale Ungerechtigkeit in den Leistungen ist heute sehr groß. Hat etwa ein Invalide weniger Recht zum Leben, als der Erwerbslose oder Krankengeldbeziehende? Wer rechtfertigt die Differenz zwischen den Leistungen des Reichsversorgungsgesetzes und der Unfallversicherung?

Neben den bisher angeführten Leistungen, die Regelleistungen genannt werden mögen, muß durch die gleiche Organisation Fürsorge, in Fällen besonderer Not, gewährt werden. Daneben wäre zweckentsprechende Berufsberatung und Berufsumschulung einzuführen, ähnlich wie in der jetzigen Kriegsbeschädigtenfürsorge.

Die Finanzgrundlagen könnten allerdings nicht auf dem Prinzip der Kapitaldeckung beruhen (daran hindert schon die Vielgestaltung), wie in den Versicherungszweigen, die laufende Renten zu zahlen haben. Vielmehr kann für eine solche soziale Organisation lediglich das Umlageverfahren in Betracht kommen, etwa in dem Sinne wie in der Krankenversicherung. Eine Beseitigung der Beiträge für die Leistungsberechtigten kann heute nicht empfohlen werden, da nur durch die Beitragsverpflichtung das Interesse an dieser sozialen Einrichtung in weit höherem Maße gegeben ist. Das Reich ist allerdings vorwiegend zu großen Beiträgen verpflichtet, da ihm ja auch große soziale Lasten abgenommen werden, die heute geleistet werden müssen, wie die Erwerbslosenfürsorge, die Zuschüsse zur Invalidenversicherung, die Leistungen auf Grund des Reichsversorgungsgesetzes, die Wöchnerinnenfürsorge. Den Gemeinden und Ländern würde die Armen„pflege" abgenommen werden. Diese Fürsorgearten erfordern heute Milliarden.

Bei Verwirklichung dieses Vorschlages würde die soziale Versicherung ein einheitlicher großer Bau werden, der, auf kräftiger Grundlage beruhend, erhebliches leisten könnte. Mannigfache Fragen sind sicherlich noch vorher zu lösen. In diesem Rahmen konnten nur die wichtigsten Grundlagen kurz behandelt oder gar — nur angedeutet werden. Die Verschmelzung der verschiedenen Versicherungszweige, der Uebergang vom Alten zum Neuen, all das müßte selbstverständlich auch eingehend geprüft und reiflich erwogen werden, bevor der große Schritt getan wird. Aber alle Arbeit an unserer jetzigen sozialen Gesetzgebung wird hinken und nachschleppen hinter der Entwicklung unserer Wirtschaft und ungenügend bleiben gegen alle zwingenden sozialen Pflichten der Gesellschaft, wenn wir diesen Schritt nicht zielbewußt vorbereiten.

Der Geist des Kleinmuts, der unsere Sozialgesetzgebung bislang beherrscht, kann allerdings an solchen Vorschlägen nicht arbeiten, er ist zum Sterben reif. Frische soziale Gestaltungskraft muß helfen und Wege weisen, nur dann wird der soziale Rückschritt beseitigt und wirkliche Hilfe gegen soziale Not geschaffen werden können.

Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und die Post erfolgt in der Woche vom 30. Januar bis 5. Februar d. J. unverändert wie in der Vorwoche zum Preise von Mark 780 für ein Zwanzigmarkstück, Mark 390 für ein Zehnmarkstück. Für die ausländischen Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt.

Unverlangt eingehende Manuskripte werden nur dann zurückgesandt, wenn ein genügend frankierter Briefumschlag beigefügt ist. Das gleiche gilt für Anfragen aus dem Leserkreise.

Verantwortlich für Politik und Feuilleton: Leo Liebich.., Berlin-Friedenau; für Kommunalpolitik, Lokales und Gewerkschaftliches: R. Henkel, Berlin; für den Inseratenteil und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Komeriner, Berlin — Verlagsgenossenschaft „Freiheit" e. G. m. b. H. Berlin — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H. Berlin C. 2. Breite Straße 8-9.

Bei **Hautausschlag, Flechten, Bein- und Krampfadergeschwüren, Hämorrhoiden** ist

San.-Rat Dr. Strahl's Haussalbe seit 100 Jahren

ein bestbewährtes und schnellwirkendes Mittel. Original-Dose 12.— und 23.— M.

Elefanten-Apotheke, Berlin SW, Leipziger Str. 74 am Dönhoffplatz Fernsp. Centr. 7109

WEISSE WOCHE

Verkauf: Soweit Vorrat — Mengenabgabe vorbehalten

Gardinen

Tüllgardinenstoff Meter 8⁵⁰ 10⁵⁰ 14⁵⁰

Tüllgardinenstoff breite Ware ... Meter 19⁵⁰ 24⁰⁰ 29⁰⁰

Etamin 150 cm breit, kariert und gestreift ... Meter 36⁰⁰

Halbstores mit und ohne Volant ... 69⁰⁰ 95⁰⁰ 145⁰⁰

Künstler-Garnituren 3teilig ... 95⁰⁰ 168⁰⁰ 195⁰⁰

Künstler-Garnitur Figurenmuster, dauerhafte Qualität ... 245⁰⁰

Tüllbettdecken 2teilig ... 175⁰⁰ 245⁰⁰ 350⁰⁰

Etamin-Garnitur mit vielen Einsätzen u. Motiven, elegante Ausführung 165⁰⁰

Spannstoff klein gemustert, breite Ware, Meter 22⁰⁰ 29⁰⁰ 35⁰⁰

Tülldeckchen in schönen Mustern ... Stück 2⁹⁰

Taschentücher für Kinder, weiss mit bunter Kante 2⁴⁵ 3²⁵

Taschentücher für Damen, weiss mit bunter Kante 5⁵⁰ 6²⁵

Taschentücher für Herren, weiss mit bunter Kante 6⁷⁵ 8⁷⁵

Schuhwaren

Weisse Leinen-Kinderstiefel bequeme breite Form 21/22 42⁰⁰ 23/24 48⁰⁰ 25/26 54⁰⁰ 27/30 78⁰⁰ 31/35 92⁰⁰

Weisse Leinen-Backfisch-Schnürstiefel in guter Ausführung ... 135⁰⁰

Weisse Leinen-Damen-Spangenschuhe mit weissen und braunen Absätzen ... 68⁰⁰

Schwarze Leinen-Damen-Schnürschuhe elegante Ausführung, schöne moderne Form ... 98⁰⁰

Damen-Hemden mit Stickerei 36⁵⁰ 39⁵⁰ 45⁰⁰

Damen-Beinkleider Kniefform, mit Stickerei 34⁵⁰ 39⁵⁰ 45⁰⁰

Prinzessröcke nutzte Form, reich mit Stickerei ausgestattet, 135⁰⁰ 165⁰⁰ 195⁰⁰

Handarbeiten

Madeira, Richelieu

Eisdecken ... 1²⁵

Kissen ... 21⁷⁵

Nachtischdecken ... 8⁰⁰

Quadrate ... 1⁶⁵ 3⁷⁵

Kreuzstich

Kissenplatten ... 16⁷⁵ 32⁰⁰

Tischläufer 40×40 cm ... 45⁰⁰

Decken 60×60 cm ... 14⁷⁵

Quadrate ... 2⁰⁰ 5⁰⁰

Seid. Tablettdecken mit Spitzen 2⁹⁰

Weisses Strickgarn 5-m-Docke 2⁰⁰

Schürzen

Tändelschürzen mit Ein- und Ansatz-Stickerei ... 14⁷⁵ 19⁷⁵ 23⁷⁵

Teeschürzen mit Latz und Trägern, mit reicher Stickerei 22⁵⁰ 29⁵⁰ 34⁵⁰

Wiener Form ohne Latz, mit reicher Stickerei .. 36⁵⁰ 38⁵⁰ 42⁵⁰

Wiener Form mit Latz und Trägern, mit reicher Garnierung 42⁵⁰ 44⁵⁰ 49⁵⁰

Wiener Form aus gutem Linon, mit Latz und Trägern, hübsch garniert, 49⁵⁰ 52⁵⁰ 57⁵⁰

Einzelne Kinder-Schürzen Hänger u. Schulterform, in verschiedenen Größen ... durchweg 29⁵⁰ 37⁵⁰

Korsette

Korsette moderne Form, aus festem Drellstoff, mit Langette und Haltern ... 55⁰⁰

Korsette farbig, Drell, gutsitzende Form ... 75⁰⁰

Korsette weiss, mit Haltern, beste Verarbeitung 95⁰⁰

Wäschetuch ... Meter 17⁵⁰

Renforcé ... Meter 24⁵⁰

Linon Deckbettbreite ... Meter 48⁰⁰

Linon Kissenbreite ... Meter 29⁰⁰

HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE — ALEXANDERPLATZ — FRANKFURTER ALLEE

Kleine Anzeigen

Annahme in allen Speditionen des Verlages
Geschäftsstelle: Berlin C 2, Breite Straße 8-9

Das Überschriftswort 2.50 M., jedes weitere Wort im Text 1.75 M. netto; Stellengesuche: Überschriftswort 2.— M., jedes weitere Wort im Text 1.50 M.

Verkäufe

Restehaus Pelz, Kottbuser Straße 5. Kammgarne, Gabardine, Tuche, Seiden, Futterstoffe. Stoffe für Herren- und Knabenanzüge, fertige Mäntel, Kostüme, Röcke sehr preiswert.

Bettwäsche billigst! Zur weißen Woche besonders billige Angebote! Bettbezüge 74.—, Kissen 23.—, Laken 54.— an. Louisianatuch 130 breit, 39.50, Wäschestoffe, Inlette, Dimitil, Handtücher Fabrikpreise. Wäschefabrik Stumpe & Jäger, Landsberger Straße achtundachtzig. Größtes reellstes Bettwäsche-Spezialgeschäft.

Räderwirdlich. Leiterwagen, Kastenwagen und alle Sorten Ersatzräder. Kinderwagen, Puppenwagen. Weidlich, Brunnenstraße 90 (Humboldt 8741).

Gardinen. Habe keinen Laden und sonstige Geschäftsunkosten, daher bedeutend billiger wie überall. Einige Beispiele: Künstlergardinen, dreiteilig, jedem Geschmack entsprechend, weiß, creme, bunt: Garnitur 90.—, 110.—, 125.— bis 400.—. Moderne Stores 75.— bis 300.—. Bettdecken 56.—, 75.— bis 400.—. Gardinenstoffe, Schalgardinen, Madrasgardinen, Leinenportieren, Zuggardinen, Tischdecken, Diwandecken usw. weit unterm Ladenpreis. Wismar, Wochenstraße 73, 1 Treppe (kein Laden), am Ringbahnhof Schönhauser Allee, Hochbahnstation Nordring. Fahrtvergütung.

Staunenerregend! Sämtliche Pelzwaren jetzt zu ganz bedeutend herabgesetzten spottbilligen Räumungspreisen! Keine Versatzwaren! Spezial-Pelzverkauf im Leihhaus! Warschauer Str. 7.

Bettbezüge. Während der weißen Woche bis 4. 2. ganz enorme Preisermäßigungen. Bettlaken 52.—, 68.—, 77.—, Bettbezüge 77.—, 118.—, 145.—. Kissenbezüge von 23.— an. Stepphferlige Inletts 154.—, Bezüge ohne Naht 167.—. Wäschestoffe, Lakenleinen, bunte Bezüge, Handtücher, Damaste, Tischtücher nur beste Qualitäten, enorm billig. Schaufenster-Garnituren weit unter Preis. Massenauswahl. Letzte Gelegenheit. Nur solange Vorrat. Bettwäschefabrik Puttkamerstr. eins, Ecke Wilhelmstraße. Alte bestrenommierte Spezialfabrik. Geöffnet 9—7.

Gelegenheitskäufe. Gute und billige Bücher jeder Art findet man stets in der Buchhandlung „Freiheit", Breite Str. 8-9.

Briefwechsel zwischen Schiller und Goethe. Gut gebund., 332 Seiten stark nur 5.— M., Porto extra. Zu beziehen durch Buchhandlung Freiheit, Breite Straße 8-9.

Auf Teilzahlung. Herrenanzüge, Cutaways, Ulster, Schlüpfer, moderne Maßarbeit. Bequeme diskrete Ratenzahlung. Leiser Gottlieb, Rosenthalerstr. 22 a, Nähe Rosenthalerplatz. Geöffnet 9—7.

Möbel

Teilzahlung. Einzelne Möbel, ganze Einrichtungen, farbige Küchen in seltener Auswahl, bequemste Zahlweise bei kleinster An- und Abzahlung, verkauft Möbel-Cohn, Große Frankfurter Str. 58 (5 Minuten vom Alexanderpl.), i. Norden: Badstraße 47-48.

Möbelspeicher „Gesundbrunnen", Badstr. 31. Seltene Gelegenheit in Schlafzimmern, Spezialität Stubeneinrichtungen, neu und gebrauchte, Küchen prima Emaillelack, gebrauchte 275.—. Auch außerhalb.

Angebot für Bibliotheken

CARL BLEIBTREU

Die Kommune

Mit vielen Illustrationen von Chr. Speyer

287 Seiten mit Karte von Paris

Preis broschiert 15.— Mark

Buchhandlung „Freiheit"
Berlin C. 2, Breite Straße 8—9

Nebfeld, Badstraße 34. Moderne Küchen, ¼ Lackfarbe, herrl. Verglasung, 675.—. Schlafzimmer Eiche, weiß und Nußbaum imit., 2950 Mark. Stube und Küche, 14 Teile, 2800 M. Seltene Gelegenheitskäufe, auch gebraucht. Versand nach außerhalb. Hausnummer achten.

Chaiselongues, Umbausofas, Auflagematratzen, Patentmatratzen 240.— Walter, Stargarder Straße achtzehn.

Chaiselongues 100.—, Chaiselonguedecke 7..—, Metallbetten 160.—, Kinderbrahtbetten. Meicke, Augustraße 32a. Quergeb.

Kaufgesuche

Metallschmelze, Reinhardtstraße 35 (nur im Laden), kauft Zahngebisse, Platinabfälle, Goldsachen, Silbersachen, Quecksilber, sämtliche Metalle.

Nähmaschinen, gebrauchte, kauft zu hohen Preisen Schlesinger, Wilmersdorfer Straße 50/51.

Schellack, Leim, Malerartikel kauft jeden Posten Farbenkeller, Linienstraße 199 a (Rosenthaler Platz). Norden 5053.

Sämtliches Elektromaterial kauft Einkaufzentrale, Fennstraße 32. Moabit 6934.

Glühstrumpfasche kauft Blümel, Elsasser Str. 25a. I.

Schallplatten alte, kauft Metallkontor, W. John, Alte Jakobstr. 138, Hallesches Tor.

Altmetalle, Kupfer, Messing, Blei usw. kauft laufend Brandt, Brunhildstr. 14, Bhf. Schöneberg. Stephan 3152.

Hilferding, „Das Finanzkapital". Brosch. oder gebunden kauft Buchhandlung „Freiheit", Berlin C2, Breite Str. 8-9.

Gerhart Hauptmann's Werke, komplett, kauft Buchhandlung „Freiheit" Breite Str. 8-9.

Sudermanns Werke komplett kauft Buchhandlung „Freiheit" Breite Straße 8-9.

Werkzeuge u. Maschinen

Kugellager, Magnete, Vergaser, Zündkerzen kauft Pilz, Reinickendorfer Str. 93, Hochpart. links.

Kugellager, Spiralbohrer, Feilen, Masch.-Schrauben, Nägel, Wollmannstr. 2.

Rechtsauskünfte

Richter, ehemaliger gewissenhaft, Rechtsbeistand, Lothringer Str. 4 (Rosenthaler Platz).

Unterricht

Tanzlehrkurse Negehr, Reichenberger Str. 34. Anmeldungen Sonntags 4—8, Donnerstags 8—10 abends.

Arbeitsmarkt

Tüchtige, gewandte Einschaler und Zementeure bei außertarifl. Lohn für sofort gesucht. Meldg. Baustelle, Brunnenmeister Diehel, Berlin C., Oberwallstr. 4.

Westennäherinnen, bedeutende Tarifsätze, Buße, Lychener Str. 103.

Händler gesucht für den Vertrieb aktueller Druckschriften. Buchhandlg. „Freiheit", Breite Straße 8-9.

Kleide Dich billig, elegant!
im Leihhaus Moritzplatz 58a.

Jackett-Anzüge, Cutaways, Schlüpfer, teils auf Seide, jetzt für 400—600 M. Ferner Damen-Kostüme, -Mäntel, Wäsche, Teppiche, enorm billig! Pelzwaren: Kreuzfüchse 300, Zobelfüchse 400, Blau-, Silberfüchse, Skunks, Wölfe, Luchse. Sportpelze 500, Gehpelze 1800, Pelzmäntel 2500. Keine Lombardware.